

Atomwaffenpolitik am Beginn des 3. Jahrtausends – immer noch eine „MAD-Policy“?

THOMAS ROITHNER

*„Immer noch ist unser Planet bedrohlich dicht mit Atomwaffen bestückt,
und Fortschritte auf deren Abschaffung hin sind kaum erkennbar.“*
Tadatoshi Akiba, Bürgermeister von Hiroshima, 6. August 2000

1. Historischer Abriss

1939 schrieb Albert Einstein auf Drängen von Leo Szilard einen warnenden Brief an den US-Präsidenten Roosevelt, dass Deutschland mit Uran einen neuen Bombentyp konstruieren könnte. 1942 begannen die USA das Manhattan-Projekt zum Bau einer Atombombe. Großbritannien beteiligte sich 1943 an der Realisierung des Projektes. Am 18. September 1944 beschlossen Churchill und Roosevelt in einem Abkommen, die erste Atombombe über Japan zu zünden.¹ Nach „erfolgreichen“ Testversuchen wurden am 6. August 1945 in Hiroshima und am 9. August 1945 in Nagasaki die ersten und bisher einzigen Atombomben abgeworfen. 217 000 Menschen starben alleine an den Folgen. 55 Jahre später leiten die USA, 10 Jahre nach dem Ende des atomar geprägten Kalten Krieges, die nukleare Aufrüstungsspirale wieder ein.

1946 entwickelte Großbritannien Pläne für eine Atombombe und richtete ein Forschungszentrum ein. 1949 zündete die Sowjetunion die erste Atombombe in Kasachstan und 3 Jahre später führte Großbritannien auf australischem Territorium seinen ersten Atombombentest durch. 1957 begann auch Frankreich unter de Gaulle mit der Entwicklung von Kernwaffen und verfügte 1960 über eine Atombombe. 1959 nahm China sein Atomwaffenprogramm auf und fand sich 1964 unter den Nuklearwaffenstaaten (NWS). Von 1945 bis ins Jahr 2000 wurden mindestens 128 060 Atomwaffen gebaut – 70 000 davon in den USA.² Heute gibt es noch rund 30 000 Atomwaffen, von denen 5000 in ständiger Alarmbereitschaft sind.³ Diese 5 Staaten sind nach dem NPT (Non Proliferation Treaty) als NWS – die P5 – anerkannt. Auch durch den israelischen Be-

¹ vgl. Darmstädter Friedensforum, Unpublizierter Text der Infoplakate zur Ausstellung zu Atomwaffen, Darmstadt 2000, S. 1.

² vgl. Darmstädter Friedensforum 2000, a.a.O., S. 2.

³ vgl. Richter, Hans-Peter, Jahrestagung „Atomwaffen abschaffen“, in: PAX Report, Zeitung des Deutschen Friedensrates, Nr. 9, Berlin, Oktober 2000.

sitz und die indischen und pakistanischen Atomwaffentests 1998 hat sich an dem Club der P5 nichts verändert.

Schon 1946 waren sich die USA und die Sowjetunion einig, dass die Produktion von Atomwaffen unter Kontrolle gestellt werden sollte. Eine Einigung konnte jedoch nicht erzielt werden. Erst 1968 wurde der Kernwaffensperrvertrag (Non-Proliferation Treaty, NPT⁴) zur Unterzeichnung vorgelegt und ist 1970 in Kraft getreten. Bis April 2000 haben 187 Staaten den Vertrag unterzeichnet. Die NWS verpflichten sich in diesem Vertrag, Atomwaffen an niemanden weiterzugeben. Die Nicht-Atomwaffenstaaten (NNWS) verpflichten sich, Atomwaffen von niemandem anzunehmen und keine Unterstützung zur Herstellung in Anspruch zu nehmen. Kritisiert wird, dass der Vertrag die P5-Staaten – die gleichzeitig als einzige über ein Mandat und das Vetorecht im UN-Sicherheitsrat verfügen – unter weniger streng überprüfbare Bestimmungen stellt. Schwer kritisiert wird, dass der NPT die Unterteilung in „nukleare Habenichtse“ und NWS vornimmt und festschreibt. Staaten wie z.B. Indien sehen darin eine Diskriminierung und gleichzeitig eine Rechtfertigung, selbst in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen. Die NWS sind damit Motor für die illegale nukleare Proliferation. Wenn der breiten Mehrheit der Staaten der Besitz von Atomwaffen durch den NPT untersagt wird, darf das nukleare Potenzial einer kleinen Minderheit von 5 Staaten auch nicht geduldet werden. Der NPT schreibt das Recht zur „friedlichen“ Nutzung der Kernenergie fest. Im Artikel VI des Vertrages wird die Verpflichtung festgeschrieben, dass in naher Zukunft Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens bis zur vollständigen Abrüstung erfolgen müssen. Der ursprünglich auf 25 Jahre beschränkte Vertrag wird seit 1970 in Abständen von 5 Jahren überprüft. 1995 bestand bei der NPT-Überprüfungskonferenz Einigung darüber, den Vertrag unbefristet zu verlängern. Indien, Israel, Kuba und Pakistan haben den Vertrag bislang nicht unterschrieben.⁵ In den „Principles and Objectives“ des NPT aus dem Jahr 1995 wurde u.a. auf den Abschluss eines umfassenden Nuklearwaffentestverbotes (Comprehensive Test Ban Treaty, CTBT) und auf den Beginn von Verhandlungen über ein Verbot der Produktion von Spaltmaterialien (Fissile Material Cut Off Treaty, FMTC) hingearbeitet.

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) mit dem Sitz in Wien sorgt für vertrauensbildende Sicherungsmaßnahmen. NNWS sollen durch die Arbeit der IAEO in ihrer Verpflichtung kontrolliert werden, sich keine Kernwaffen zu beschaffen. Abzweigungen von Nuklearmaterial aus Kernbrennstoffkreisläufen sollen damit sofort bemerkt werden. Eine weitere „Diskriminierung“ der

⁴ Der Vertragstext findet sich auf: <http://www.un.org/Dept/dda/WMD/npttext.html#home>

⁵ vgl. Middle Power Initiative, IPPNW (Hrsg.): Per Express zur atomwaffenfreien Welt, S. 85.

NNWS besteht darin, dass die IAEO die zivilen Brennstoffkreisläufe der NWS außer Acht lässt.⁶

In der Zeit des Kalten Krieges stand die Welt durch das Wettrüsten einige Male am Rande des Ausbruches eines atomaren Schlagabtausches. Aus den USA ist heute bekannt, dass in mehreren Krisen der Einsatz von Atomwaffen erwogen wurde – u.a. 1948 bei der Blockade Westberlins, 1950 beim Korea-Krieg, 1956 bei der Suez-Krise, 1962 während der Kuba-Krise oder 1980 beim Wunsch, die Iran-Krise zu bewältigen.⁷ Anlässlich des NATO-Doppelbeschlusses entstand um 1979 eine neue Friedensbewegung gegen diese Aufrüstung. Die NATO glaubte einen bedrohlichen Rüstungsvorsprung des Ostens festgestellt zu haben und stationierte Cruise Missiles und Pershing II in Europa (NATO-Doppelbeschluss). Das Szenario eines in Europa regional führbaren Atomkrieges brachte u.a. Millionen Menschen auf die Straße. In dieser Zeit konnte die Friedensbewegung enorme Erfolge verbuchen und Menschen in Bewegung setzen. Die Friedensbewegung begann die Thematik auch auf eine regionale Ebene zu verlagern. „Straße für Straße, Stadt für Stadt atomwaffenfrei“ hieß das Motto, um zu einer atomwaffenfreien Welt zu gelangen.⁸

Der Höhepunkt in den Denkkategorien von Abschreckung und von einem möglichen Erstschatz war die Entwicklung der unter dem Namen „Star Wars“ bekannt gewordenen US-Konzepte der Raketenabwehr – SDI (Strategic Defense Initiative). Die Realisierung von SDI hätte die militärischen Kräfteverhältnisse verschoben und damit eine enorme Destabilisierung zwischen Ost und West durch das Verschulden der USA hervorgerufen.

Neben den Verträgen über Mittelstreckenraketen (INF, Intermediate Nuclear Forces Treaty vom Dezember 1987⁹) und den Verträgen für die Begrenzung Strategischer Atomwaffen (SALT, Strategic Arms Limitation Talks aus 1972¹⁰ und 1979¹¹) sind die Verträge über die Strategische Kernwaffenabrüstung¹² (START, Strategic Arms Reduction Talks) und der Anti-Ballistic Missile Treaty (ABM) in der Diskussion während der Millenniumswende von zentraler Bedeutung. Ost und West verpflichteten sich damit zur Rüstungskontrolle und zur Abrüstung.

START I trat im Dezember 1994 in Kraft. Die Verhandlungen dazu begannen 1982. Dabei wurden die USA bzw. die Russische Föderation als Nachfol-

⁶ vgl. Müller, Harald/Schaper, Annette, Vollständige nukleare Abrüstung – Wunschtraum oder konkrete Möglichkeit?, in: Mutz, Schoch, Friedhelm: Friedensgutachten 1998, S. 294.

⁷ vgl. Darmstädter Friedensforum 2000, a.a.O., S. 10.

⁸ DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinte KriegsdienstgegnerInnen e.V.), Bundesvorstand (Hrsg.): Straße für Straße, Stadt für Stadt atomwaffenfrei, Essen 1982.

⁹ <http://www.state.gov/www/global/arms/treaties/inf1.html>

¹⁰ <http://www.state.gov/www/global/arms/treaties/salt1.html>

¹¹ <http://www.state.gov/www/global/arms/treaties/salt2-2.html>

¹² http://www.state.gov/www/regions/nis/russia_start2_treaty.html

gerin der Sowjetunion bis Ende des Jahres 2001 verpflichtet, ihre nukleare Streitmacht auf 1600 Trägersysteme und maximal 6000 Gefechtsköpfe zu reduzieren.¹³ START II wurde im Jänner 1993 unterzeichnet. Bis 2003 sollen die USA und Russland über maximal 3500 Gefechtsköpfe verfügen. Ein von den USA noch nicht ratifiziertes Zusatzabkommen räumt Russland ein, den Zeitrahmen für die Umsetzung auf 2007 zu verzögern. Russland hat damit im Gegensatz zu den USA das gesamte Paket von START II ratifiziert.

1994 kam es zu einer Veränderung hinsichtlich der Zielkoordinaten russischer und amerikanischer Atomwaffen. Boris Jelzin und William Clinton vereinbarten, ihre strategischen Raketen nicht länger auf Ziele des anderen Landes zu richten. Ähnliche Abkommen wurden zwischen Frankreich, Großbritannien und Russland sowie von den USA und China vereinbart.¹⁴ Es muss jedoch hinzugefügt werden, dass auch gelöschte Zielkoordinaten rasch wieder programmiert werden können.

2. Nukleare Auf- und Abrüstung der Jahre um die Millenniumswende

Betrachtet man das Potenzial der Atomwaffen, die in der letzten Dekade abgerüstet wurden, könnte der Schluss gezogen werden, dass nach der Millenniumswende die Chancen für eine Nuklearwaffenkonvention und damit die völlige Abschaffung der Atomwaffen gut stünden. Dennoch besteht der nukleare „Overkill“ nach wie vor. Kernwaffen werden hergestellt, um sie auch einzusetzen. Der größte Militärpakt der Welt – die NATO – hat sich von ihrer Erstschlagsdoktrin nicht verabschiedet. Ein Ersteinsatz von Atomwaffen hat mit Verteidigung nichts mehr zu tun. Trotz weltweiter Ächtung von Atomwaffen hält ein exklusiver Club von NWS ein nukleares Potenzial, welches die Welt vielfach zerstören könnte. Solange dieser exklusive Club nicht zur vollständigen Abrüstung gemäß NPT politisch gezwungen wird, wird die nukleare Bedrohung für die ganze Welt bestehen bleiben. Ohne einen klaren Zeitplan wird dieses Ziel unerreicht bleiben.

Die NWS werden durch den NPT Artikel VI verpflichtet, ihr Nuklearwaffenpotenzial vollständig abzurüsten. Weiters hat am 8. Juli 1996 der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag die Androhung des Einsatzes und die Anwendung von Atomwaffen einstimmig als Verstoß gegen das Völkerrecht erklärt.¹⁵ Diese beiden Dokumente verpflichten die NWS eindeutig, sofort Schritte zur völligen Abrüstung zu unternehmen.

¹³ vgl. Middle Power Initiative 1999, a.a.O., S. 29.

¹⁴ vgl. Middle Power Initiative 1999, a.a.O., S. 31.

¹⁵ vgl. Middle Power Initiative 1999, a.a.O., S. 87; Originalfundort: <http://www.icj-cij.org/icjwww/idecisions.htm>

Bei der Frage nach der militärischen Nutzung der Atomenergie muss auch aufgrund der Zusammenhänge immer wieder auf die sogenannte „zivile“ Nutzung hingewiesen werden. Im Zuge der Diskussion um die nukleare Abrüstung werden immer wieder Stimmen laut, die nicht nur aufgrund der Gefährlichkeit bei Störfällen „ziviler“ Atomenergienutzung einen weltweiten Ausstieg aus dieser Energieform einfordern.

2.1. Die Strategische Atomwaffenabrüstung

Nach START I und der noch ausstehenden Ratifizierung des START I-Zusatzabkommens durch die USA haben Verhandlungen über START III zwischen Russland und den USA begonnen. Erst im Mai 2000 ratifizierte Russland das START II-Abkommen.¹⁶ Der Grund für die Verzögerung der Ratifikation durch Russland war die Ablehnung der kommunistischen Abgeordneten in der Duma, die mit Verweisen auf die NATO-Osterweiterung und dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien ihre Einwände geltend machten.¹⁷ START III soll die Anzahl der auf beiden Seiten stationierten Atomwaffen weiter begrenzen. Die Anzahl steht noch zur Debatte. Die USA wollten die Gespräche mit Verhandlungen um Änderungen des ABM-Vertrages verbinden. Russland sieht darin die Zerschlagung des ABM zum Aufbau von NMD.¹⁸ Allerdings ist angesichts der verhärteten Situation um NMD die Frage angebracht, wie Fortschritte in den Gesprächen zwischen Putin und Bush erzielt werden können. In den USA wird bereits ein Konzept für ein START IV Abkommen ausgearbeitet. Dies soll beide Seiten auf 1000–1500 Sprengköpfe vertraglich binden.¹⁹ Diese Vorhaben der USA dürfen jedoch nicht losgelöst von den NMD-Plänen sowie der Verweigerung einer Ratifizierung des CTBT durch die USA betrachtet werden. Um das Festhalten Russlands am ABM-Vertrag weiter zu dokumentieren, hat Außenminister Sergej Iwanow einen „ABM-for-Europe“-Plan vorgeschlagen, der mit einem Paket von weiteren Vorschlägen in die Richtung eines globalen Kontrollsystems für Atomwaffen geht.²⁰ Unterdessen betonte Außenminister Powell für die USA: „[W]e are committed to go forward with missile defense because we think it is in our national interest, and we think it is in the interest

¹⁶ vgl. Acronym Institute: Disarmament Diplomacy no. 45 (April 2000), Russian Ratification of START II, page 36–41, <http://www.acronym.org.uk>

¹⁷ vgl. Middle Power Initiative 1999, a.a.O., S. 30f.

¹⁸ vgl. Acronym Institute, Disarmament Diplomacy no. 51 (October 2000): US-Russia START & ABM-Discussion, page 36, <http://www.acronym.org.uk>

¹⁹ vgl. Nassauer Otfried: Weichenstellungen auf dem Weg zu einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur, in: Massarat, Betz: Für eine Friedenspolitik ohne Militär, European Peace Congress Osnabrück 1998, S. 91.

²⁰ vgl. Acronym Institute, Disarmament Diplomacy no. 54 (February 2001): Russia's 'ABM-for-Europe' Plan: Remarks by Foreign Minister Ivanov, page 37–39, <http://www.acronym.org.uk> sowie: Busch, Thomas: Russland und Amerikas National Missile Defence, in: antimilitarismus information, 31. Jahrgang, Heft 3/01, S.24 ff.

of our allies and the interest of the world.“²¹ Der Demokrat Joseph Lieberman fügt am 4.2.2001 in München hinzu: „The ABM Treaty was an expression of a bipolar world. We are today in a multi-polar world, and therefore need new documents suited for a multi-polar world ...“²² Javier Solana in seiner Funktion als Hoher Repräsentant der EU-Außenpolitik meinte, „[As for the ABM Treaty] it's not a Bible ...“ (Washington, 5.2.2001)²³ und US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld beschuldigte und diskreditierte Russland anlässlich eines Interviews am 14.2.2001 als „active proliferator“.²⁴ Auch das Bröckeln der europäischen Front gegen NMD und für die Beibehaltung des ABM-Vertrages sind als weiteres Indiz zu werten, dass die USA an ihren Plänen festhalten werden und an der Realisierung weiterarbeiten.

2.2. Der nukleare Teststopp

Der CTBT (Comprehensive Test Ban Treaty, Umfassender Teststoppvertrag) wurde im September 1996 zur Unterschrift vorgelegt.²⁵ Trotz der weit über 100 Unterzeichnerstaaten in den ersten Monaten tritt der Vertrag erst in Kraft, wenn ihn 44 bestimmte Staaten unterzeichnet und ratifiziert haben. Der Vertrag differenziert nicht, ob ein Staat Atomwaffen besitzt oder nicht. Unabhängig davon werden atomare Tests verboten. Bis zum 5.12.2000 haben den Vertrag 160 Staaten unterschrieben und 69 Staaten ratifiziert. Von den 44 Staaten, die für das in Kraft treten des Vertrages (Artikel XIV) unterschreiben und ratifizieren müssen, haben Indien, Pakistan und die Volksrepublik Korea noch nicht unterschrieben. Die Ratifikation ist bei den 3 genannten sowie u.a. China, Ägypten, Iran, Israel und den USA ausständig. Frankreich und Großbritannien haben den CTBT ratifiziert. Die Russische Föderation ratifizierte den Vertrag am 30. Juni 2000.²⁶ Pakistan signalisierte im Oktober 2000 allerdings Bereitschaft, den CTBT zu unterzeichnen.²⁷ Bislang hatten Indien und Pakistan er-

²¹ Acronym Institute: Disarmament Diplomacy no. 54 (February 2001): Bush Administration pushed NMD, Orders Nuclear Review, page 53–59, <http://www.acronym.org.uk>

²² Acronym Institute, Disarmament Diplomacy no. 54 (February 2001), Bush Administration pushed NMD, Orders Nuclear Review, page 53–59, <http://www.acronym.org.uk>

²³ Acronym Institute, Disarmament Diplomacy no. 54 (February 2001), Bush Administration pushed NMD, Orders Nuclear Review, page 53–59, <http://www.acronym.org.uk>

²⁴ Acronym Institute: Disarmament Diplomacy no. 54 (February 2001), Rumsfeld Calls Russia 'Active Proliferator' page 59–60, <http://www.acronym.org.uk>

²⁵ vgl. <http://www.ctbto.org/>

²⁶ vgl. http://www.ctbto.org/cgi-bin/ctbto_states.cgi?List=Required angewählt am 10.12.2000.

²⁷ vgl. Wiener Zeitung: Pakistan will CTBT unterzeichnen, 30. Oktober 2000, S. 2.

klärt, nur dann dem CTBT beizutreten, wenn der verfeindete Nachbar diesen Schritt zuerst vornimmt.

Der CTBT verbietet Kernwaffenexplosionen, tätigt jedoch keine Aussagen über Kernwaffenentwicklung mit fortgeschrittener Technologie (beispielsweise Computersimulationen). Selbstverständlich zeigen die USA – die vorwiegend diese Vertragslücken nützen – kein Interesse an einer Reform zugunsten der Verschärfung von Kernwaffentestexperimenten.²⁸ In künftigen Vertragswerken müsste präventiv auf technische Neuerungen eingegangen werden. Auch wenn Neuerungen zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses noch nicht erforscht sind, könnten Verträge auch künftig nach ihrem Zweck und ihrer ursprünglichen Intention ausgelegt werden.

Im Mai 1998 testeten auch Indien und Pakistan Atomwaffen. Ein Hauptargument war, dass die NWS ihren Verpflichtungen nach Abrüstung nicht nachkommen. Der indische Premier erläuterte: „die Weigerung der Atomwaffenstaaten, die Abschaffung der Atomwaffen in Betracht zu ziehen ... die größte einzelne Bedrohung für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit ist ... da Indien durch die Stationierung dieser Waffen nach wie vor bedroht wird, ... hat sich Indien gezwungen gesehen, die Tests durchzuführen.“ Verbunden sind die Tests auch damit, dass die offiziellen NWS über einen Sitz im UN-Sicherheitsrat verfügen. Indien hat ebenfalls Interesse an einem solchen ständigen Sitz im SR.²⁹ Auch beim Millenniums-Gipfel der UNO in New York bekräftigte Indien seine Haltung: „India was forced to acquire these weapons in 1998 because the nuclear-weapon states refuse to accept the almost universal demand for nuclear disarmament.“³⁰ Während die NWS – allen voran die USA³¹ – Indien und Pakistan kritisierten, arbeiteten sie an subkritischen und hydrodynamischen Tests weiter, die das Teststoppabkommen unterwandern. Indien verfügt bereits seit längerer Zeit über die Möglichkeit, Atomwaffen herzustellen. Schon 1956 forderte Nehru einen Teststopp – eine Forderung, die 45 Jahre später aktueller denn je ist. Die Politik der NWS veranlasste Indien zum Test seiner Atomwaffen. Am Hiroshima-Gedenktag 1998 protestierten 250 000 Menschen in Kalkutta gegen die indischen Tests. 73% der InderInnen lehnen die Herstellung und den Einsatz von Atomwaffen ab.³²

Im Oktober 1999 versetzten die USA den internationalen Rüstungskontrollverträgen einen schweren Schlag. Der Senat verweigerte mit 48 zu 51

²⁸ vgl. Scheffran, Jürgen: Vom Teststopp zur Nuklearwaffenkonvention. Argumente für die atomwaffenfreie Welt, in: Luedtke, Strutyński: Nach dem Jahrhundert der Kriege. Alternativen der Friedensbewegung, S. 69.

²⁹ vgl. Middle Power Initiative 1999, a.a.O., S. 41.

³⁰ vgl. Acronym Institute: Disarmament Diplomacy no. 50 (September 2000): UN Millennium Summit, page 15, <http://www.acronym.org.uk>

³¹ vgl. Der Standard, „Nuklearwaffen abschwören“. Clinton mahnt Indien, seine Atom- und Sicherheitspolitik zu überdenken, 23.3.2000, S. 7.

³² vgl. Middle Power Initiative 1999, a.a.O., Seite 42 ff.

Stimmen die Zustimmung zum CTBT. Für eine Ratifizierung wären 67 Stimmen notwendig gewesen. Russland hat den CTBT im April 2000 ratifiziert. Damit haben die USA auch ein deutliches Signal an diejenigen Staaten gegeben, welche den Vertrag noch nicht ratifiziert haben – nämlich Indien und Pakistan, bei denen sogar die Unterzeichnung noch ausständig ist. Die US-Politik – genauer der Senat – provoziert mit der Nichtratifizierung des CTBT die Modernisierung bzw. den Auf- und Ausbau von Atomwaffenpotenzialen anderer Staaten. Daneben unterstützen die USA Israel beim Auf- und Ausbau des Kernwaffenpotenzials und von Raketen.³³ Russland hat trotz dieses Schrittes der USA die Ratifikation des CTBT vollzogen. China hat bislang keine Anzeichen gezeigt, von einer unverbindlichen Zusage zum Nichteinsatz von Atomwaffen zu einer Ratifikation überzugehen.

Schon bevor der Vertrag in Kraft tritt, wird am CTBT in organisatorischer Form als Preparatory Commission (PrepCom) gearbeitet. Der Vertrag verfügt über ein Protokoll, in welchem ein „International Monitoring System“ (IMS) festgeschrieben ist. Der Sitz der CTBT PrepCom ist in Wien.

Diskutiert wird auch über neue Generationen von Atomwaffen, die nicht von Rüstungskontroll- und Teststoppabkommen erfasst werden. Die Erkenntnisse zur Entwicklung kommen aus der zivilen Grundlagenforschung. Gerade die USA mit ihren hohen Forschungs- und Entwicklungsausgaben werden wesentlich früher über solche Technologien verfügen.³⁴

2.3. Die NPT-Überprüfungskonferenz 2000

Die Nuklearpolitik der USA erweckt heute zunehmend den Eindruck, dass deutlich weniger Interesse an Abrüstung besteht. In Zeiten des Kalten Krieges war beispielsweise bei INF oder SALT ersichtlich, dass aus Rüstungskontrollabkommen beide Seiten politischen Profit ziehen können. Die USA definieren Stabilität am Beginn des neuen Millenniums scheinbar durch militärischen Vorsprung. Ein Vorsprung, der angesichts der finanziellen Lage Russlands und der technischen Überlegenheit der USA nicht schwinden wird. Die NATO-Staaten gaben seit 1995 fast 90% der weltweiten Mittel für militärische Forschung und Entwicklung aus. Den größten Anteil davon tragen die USA.

Mit diesem Hintergrund schritt die Staatenwelt zur Überprüfungskonferenz des NPT. 1995 wurde der NPT auf unbefristete Zeit verlängert, wobei diese Verlängerung schon als Erfolg zu werten war. Zahlreiche Staaten hatten auf-

³³ vgl. Aust, Björn, US-Kongress lehnt Ratifizierung des CTBT ab. Wahlkampfgeplänkel oder Richtungsentscheidung?, in: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V.: antimilitarismus information, 29. Jahrgang, Heft 12/99, S. 41ff.

³⁴ vgl. Barnaby, Frank, Nukleare Waffenarsenale und nukleare Abrüstung, in: Massarat, Betz: Für eine Friedenspolitik ohne Militär, European Peace Congress Osnabrück 1998, S. 99.

grund der diskriminierenden Wirkung des NPT nur deshalb zugestimmt, weil sich auch die NWS zu Abrüstungsverhandlungen verpflichtet haben.

Die Konferenz fand vom 25.4. bis 19.5.2000 in New York statt und die TeilnehmerInnen haben mit Konsens ein Abschlussdokument verabschiedet. Wenige Stunden vor Ende der Konferenz war die Verabschiedung eines gemeinsamen Papiers noch unsicher. Der große Druck der zahlreich vertretenen NGOs sowie die nicht mehr abzuweisenden Argumente vieler NNWS ließen das Dokument doch entstehen. Die Konferenz erzielte Einigung über folgende Empfehlungen:

- Baldiges Inkrafttreten des CTBT,
- Beginn von Verhandlungen in der Abrüstungskonferenz über Fissile Material Cut Off Treaty, FMCT,
- Bildung einer Arbeitsgruppe der CD (Conference on Disarmament) über Atomwaffenabrüstung,
- die Stärkung des ABM-Vertrages,
- Verpflichtung der NWS, den Artikel VI des NPT – die vollständige Kernwaffenabrüstung – vollziehen zu wollen,
- baldiger Abschluss von START III,
- Reduzierung nicht-strategischer Waffen durch einseitige Initiativen,
- Senkung der Einsatzbereitschaft von Kernwaffensystemen,
- verstärkte Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten durch die IAEO,
- Garantieerklärung der P 5, dass sie NNWS weder mit Kernwaffen bedrohen noch sie gegen NNWS einsetzen.³⁵

Im Abschlussdokument wurde auch auf das IGH-Gutachten vom Juli 1996 hingewiesen, welches den Einsatz und die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen für illegal erklärt. Indien, Israel, Kuba und Pakistan – die einzigen Nicht-NPT-Staaten – werden aufgefordert, unverzüglich ohne Vorbedingungen und Vorbehalte dem Vertrag beizutreten. Festgehalten wird auch, dass NWFZs Frieden und Sicherheit global und regional festigen und der Prozess der Schaffung neuer NWFZs weiter unterstützt werden muss.

Trotz der zahlreichen positiven Punkte wurden einige Aspekte bei der Konferenz nicht angesprochen. Es fehlt beispielsweise ein Zeitplan für die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Kernwaffenabrüstung bei der CD. Es fehlt der Arbeitsgruppe auch der Auftrag, an einer Atomwaffenkonvention zu arbeiten. Es ist anzunehmen, dass die NWS den Beginn der Arbeit zeitlich verzögern werden. Nicht angesprochen werden die in Europa in den NNWS lagernden Atomwaffen.³⁶ Weiters fehlt im Dokument eine klare Formulierung über die Zukunft

³⁵ vgl. Stimmen zur Zeit, NPT-Überprüfungskonferenz 2000: Wichtiges Abschlussdokument, Nr. 171, Wien im Oktober 2000, S.2 sowie <http://www.un.org/Depts/dda/WMD/finaldoc.html>

³⁶ vgl. Stimmen zur Zeit, NPT-Überprüfungskonferenz 2000, a.a.O., S. 2f.

des ABM-Vertrages. Auch eine Bekenntnis zur „zivilen“ Nutzung der Kernenergie ist im Schlussdokument enthalten. Diese „zivile“ Nutzung ist aus Sicht des Autors nicht als Fortschritt zu sehen.

Weiters wurde die Verzögerung des Inkrafttretens des CTBT sowie die Verschleppungen der Verhandlungen über den FMTC bei der CD kritisiert. Die NATO wurde wegen des Konzeptes der Nuklearen Teilhabe und Russland wegen seiner Betonung der Wichtigkeit von Atomwaffen in seinem Sicherheitskonzept kritisiert. Von Seiten zahlreicher NNWS wurde erhöhte Transparenz der NWS in Bezug auf deren Arsenale und deren Abrüstungsschritte eingefordert. Zahlreiche NNWS forderten auch den Beginn von Verhandlungen über eine NWC ein. Mit Ausnahme der USA wurde die Forderung erhoben, den ABM-Vertrag in seiner derzeitigen Form beizubehalten. Die USA müssten von ihren NMD-Plänen absehen.³⁷

Einige NNWS in der NATO – Belgien, Deutschland, Italien, die Niederlande und Norwegen – betonten bei der Überprüfungskonferenz die Bedeutung vollständiger nuklearer Abrüstung, drängten auf das Verabschieden eines Zeitplanes zum Inkrafttreten des CTBT, befürworteten Verhandlungen über den FMTC und sprachen sich für verstärkte Abrüstung taktischer Atomwaffen aus. Weiters wurde von den 5 NNWS-NATO-Staaten ein Unterausschuss zu Fragen nuklearer Abrüstung in der Genfer CD eingefordert. Das gemeinsame Papier der EU-Staaten forderte keinen Zeitplan für das Inkrafttreten des CTBT und die EU sprach sich für den Weiterbestand des ABM-Vertrages aus. Die NWS meinten, dass vollständige Abrüstung ein Ziel in weiter Ferne sei. Sie tätigten keine Aussagen über die Schaffung eines Unterausschusses bei der CD und lehnten einen Zeitplan für den CTBT ab.³⁸

2.4. „Star Wars starts Wars, Mr. President“ – Das NMD und seine Auswirkungen

Im März 1983 kündigte Ronald Reagan an, eine „Strategische Verteidigungsinitiative“ (Strategic Defense Initiative, SDI) für die USA ins Leben zu rufen. Raketen, die die USA treffen sollen, würden durch die Schaffung von SDI noch im Luftraum zerstört werden. Aufgrund einer enormen Kostenexplosion und der zahlreichen Proteste ließ Reagan den „Krieg der Sterne“ wieder auf Eis legen.³⁹ Reagans Pläne provozierten den Widerstand der Weltöffentlichkeit und der Friedensbewegung. Am Beginn des 3. Jahrtausends – nach grundle-

³⁷ vgl. Wunderlich, Antje, Erfolg oder verlorene Liebesmüh' – Die sechste NPT-Überprüfungskonferenz, in: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V.: antimilitarismus information, 30. Jahrgang, Heft 6/00, Seite 38.

³⁸ vgl. Wunderlich, Antje, Erfolg oder verlorene Liebesmüh' – Die sechste NPT-Überprüfungskonferenz, in: ami 6/00, a.a.O., S. 39.

³⁹ vgl. Kortunow, Andrej/Sokow, Nikolai (Hrsg.): Wer verletzt internationale Abkommen?, APN-Verlag, Moskau 1984.

gendsten Änderungen der Weltpolitik – suchen die USA erneut nach Gründen zur Schaffung eines nationalen Raketenabwehrsystems (National Missiles Defense, NMD). Ein Schutz der USA gegen beispielsweise russische atomare Vergeltungsschläge könnte die USA mit der Fähigkeit zum nuklearen Erstschlag (first strike) ohne den atomaren Gegenschlag ausstatten. NWS außer den USA könnten bei einem Angriff der USA keinen nuklearen Vergeltungsschlag bzw. Zweitschlag durchführen. Indien und Pakistan, die ihre Atomwaffentests mit den völlig ins Stocken geratenen Abrüstungsverhandlungen der NWS begründeten, müssen u.a. als Feindbilder hinsichtlich ihrer Nuklearpolitik fungieren. Indien besitzt vermutlich etwa 60 Atomwaffen und Pakistan zwischen 15 und 25 strategische Atomwaffen.⁴⁰ Auch der Raketentest Nordkoreas (Taepodong-Rakete) im August 1998 ließ in Washington PolitikerInnen aller Couleurs zur größten Freude der Rüstungslobby die Agenda bestimmen, nämlich die Reaktivierung des alten Reagan-Plans, die USA militärisch unverwundbar zu machen. Durch die Verbindung des Aufbaus von NMD mit Abrüstungsmaßnahmen gewannen die RepublikanerInnen auch die Mehrheit der Stimmen der DemokratInnen.⁴¹ Dass seit Bekanntgabe der US-Pläne die Abrüstung nicht voranschreitet, sondern Aufrüstungsbefürchtungen und -pläne ausgesprochen werden, beeindruckt weder den US-Senat noch das RepräsentantInnenhaus nachhaltig. Juristische Basis für die Kritik an den US-Militärplänen ist der ABM-Vertrag⁴² aus dem Jahr 1972, der den USA und der UdSSR den Aufbau nationaler Raketenabwehrprogramme verbot. Der ABM-Vertrag erlaubt nur bodengestützte Stellungen mit maximal 100 Abfangflugkörpern und Startanlagen zum Schutz der Hauptstadt oder Basen von Interkontinentalraketen. Die Errichtung mehrerer Radaranlagen – wie sie beim Aufbau von NMD benötigt würden – ist durch den ABM-Vertrag untersagt. Der US-Schwerpunkt lag bisher auf Theater Missile Defense (TMD) – eine Raketenabwehr für Flugobjekte kurzer und mittlerer Reichweite. William Clinton zog seit dem Beginn des Widerstands alle politischen Register, um Russland, China, die EU u.v.a. vom bewährten ABM-Vertrag abzubringen.⁴³ Clinton fällte während des Wahlkampfes 2000 um das US-Präsidentenamt die Entscheidung, das Votum für oder gegen das nationale Raketenabwehrprogramm NMD seinem Nachfolger zu überlassen. Die Erleichterung in der internationalen Staatengemeinschaft hielt allerdings nicht lange an. Sehr bald wurde klar, dass beide Kandidaten für

⁴⁰ vgl. Gemeinsame Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA), Liste der gegenwärtigen Atomwaffenstaaten, in: atomfrei, Nr. 3/99, S. 10.

⁴¹ 97 SenatorInnen (bei nur 3 Gegenstimmen) und 317 RepräsentantInnen (bei 105 Gegenstimmen) sprachen sich für die Schaffung von NMD aus. Vgl. Kubbig, W. Bernd, Die Demontage des ABM-Vertrages gefährdet die gesamte Rüstungskontrolle, in: Mutz, Reinhard/Ratsch, Ulrich/Schoch, Bruno (Hrsg.): Friedensgutachten 1999, S. 219.

⁴² <http://www.state.gov/www/global/arms/treaties/abm/abm2.html>

⁴³ vgl. Kubbig, Bernd W./Neuneck, Götz: Raketenabwehrpläne in Zeiten des amerikanischen Wahlkampfes, in: Mutz/Ratsch/Schoch: Friedensgutachten 2000, S. 254ff.

das Amt des US-Präsidenten, der Demokrat Albert Gore und der Republikaner George W. Bush, die Realisierung von NMD nicht in Frage stellen.

Der Aufbau von NMD wird von den USA an 4 Kriterien gebunden. Die hohen Kosten sind für den neuen Präsidenten George W. Bush angesichts des US-Budgetüberschusses kein Hinderungsgrund. Über 10 Milliarden US\$ wurden 2001 bis 2005 von der Clinton-Administration alleine für das Raketenabwehrprogramm gefordert. Die technische Machbarkeit – das zweite Kriterium – wird gerade in Hinblick auf die Realisierungszeit von ExpertInnen angezweifelt. Kein einziger der bisher stattgefundenen Tests ist unter realen Bedingungen erfolgreich verlaufen. Die vorhandene Bedrohung gilt als weiteres Kriterium für die Schaffung von NMD. Neben dem Irak und dem Iran verweisen die USA noch auf eventuell irrtümlich abgefeuerte russische oder chinesische Atomraketen. Dass selbst US-Geheimdienste einen Raketenangriff aus dem Iran oder dem Irak nicht als die wahrscheinlichste Bedrohungsvariante wahrnehmen, tut den Bekräftigungen von Präsident Bush keinen Abbruch. Die Raketenabwehr der USA soll ihre politische und militärische Glaubwürdigkeit stärken.⁴⁴ Eine NMD-Eingangsstufe sollte bereits im Jahr 2005 stationiert werden. Die in der Öffentlichkeit diskutierten technischen Schwierigkeiten – und damit die Steigerung der Kosten – haben die Entwicklung zumindest 1 bis 2 Jahre verzögert.⁴⁵ Am 5. Juni 2000 konnte William Clinton seine Pläne sogar in einer Rede in der russischen Duma – unter heftigstem Protest der kommunistischen Abgeordneten – darstellen.⁴⁶

Die amerikanischen Bemühungen zur Zerschlagung des ABM-Vertrages durch Verhandlungen sind nicht von Erfolg gekrönt. Von deutlicher Ablehnung über die Ankündigung von Gegenmaßnahmen bis zur nuklearen Aufrüstung reicht das angekündigte Spektrum an politischen Handlungsoptionen in Russland und China. Im Falle von weiteren konkreten Schritten zur Schaffung von NMD provozieren die USA eine Infragestellung der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Der ABM-Vertrag würde einen Austritt einer Partei vorsehen. Die EU ist zwar überwiegend skeptisch, ihre Ablehnung reicht aber nicht so weit, Russland in seinem Engagement gegen die erneute Aufrüstungsspirale zu unterstützen. Nach der russischen Ratifizierung von START II und des CTBT sollte die russische Linie in Sachen Abrüstung weiter bestärkt und beschleunigt werden. Solch eine Koalition für Abrüstung könnte einen Beitrag dazu leisten, dass andere Staaten nicht nur zum Einfrieren ihrer Rüstungsvorhaben bewegt werden, sondern auch die internationalen Vertragswerke über atomare Abrüs-

⁴⁴ vgl. Kubbig/Neuneck 2000, a.a.O., S. 254ff siehe dazu ausführlicher: Acronym Institute, Disarmament Diplomacy no. 48 (July 2000): US Defense Secretary NMD Testimony, page 41–47, <http://www.acronym.org.uk>.

⁴⁵ vgl. Bielefeld Tom, Neuneck Götz: US-Raketenabwehr. Zurück zum globalen Schutzschild?, in: Wissenschaft und Frieden, Nr. 1/2001, S. 7.

⁴⁶ vgl. Acronym Institute, Disarmament Diplomacy no. 47 (June 2000): Clinton Speech to the Duma, page 26 f, <http://www.acronym.org.uk>

tung eingehalten und gestärkt werden. Je unverfrorener die USA ihre NMD-Pläne durchsetzen, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass andere Staaten ihre Sicherheit abseits geltender Rüstungskontrollverträge sehen. Politische Kräfte, die in der russischen Duma bisher gegen Abrüstung auftraten, werden an politischem Gewicht gewinnen. Diese Erschütterungen hat die NPT-Überprüfungskonferenz 2000 bereits gezeigt.

Von Seiten der USA kann in Bezug auf Russland von einer „Wait-and-see“-Taktik gesprochen werden. Es wird solange gewartet, bis Russlands Atompotenzial weiter verfällt und Russland aus Geldmangel abrüsten muss. Damit stellt sich automatisch ein Ungleichgewicht ein.⁴⁷ Im Jänner 2000 schlugen die USA Russland in einem vertraulichen Papier sogar vor, Russland solle seine strategischen Flugkörper bereits dann abschießen, wenn russische Radaranlagen einen Anflug von US-Raketen melden. US-Raketen würden dann nur noch leere russische Raketensilos treffen. Russland brauche sich um eine US-Erstschlagsfähigkeit keine Sorgen machen und könne daher einer Änderung des ABM-Vertrages zustimmen.⁴⁸

Die EU-Staaten betrachten NMD letztlich auch deshalb mit Skepsis, weil sich der Rüstungs- und Forschungsvorsprung der USA gegenüber Westeuropa vergrößert. Die aus der Taufe gehobene, gemeinsame europäische Rüstungsindustrie könnte beim Buhlen um die großen Aufträge ins Hintertreffen geraten.

Ex-US-Verteidigungsminister Cohen schlug der EU Ende 1999 vor, ein eigenes Raketenabwehrsystem aufzubauen.⁴⁹ Im Jänner 1999 meinte Cohen, dass die USA sich aus dem ABM-Vertrag zurückziehen würden, wenn Russland einer Anpassung nicht zustimmen würde.⁵⁰ Wenige Tage vor dem Jahreswechsel ins Jahr 2001 signalisierte Russland Interesse, gemeinsam mit Europa ein Raketenabwehrsystem aufzubauen. Russlands Chef der strategischen Raketenstreitkräfte bot Verhandlungen an. Nach der Erkenntnis Russlands, dass die USA ihr NMD-Programm möglicherweise nötigenfalls durch den Bruch des ABM-Vertrages realisieren werden, hatte sich Russlands Präsident Putin dafür ausgesprochen, ein Raketenabwehrprogramm in Zusammenarbeit mit den USA und Europa zu errichten.⁵¹ Die US-Politik hat provoziert, dass sich Russland in puncto militärischer Kooperationen nun andere Partnerstaaten sucht, was wiederum den USA missfällt.

⁴⁷ vgl. Bundesausschuss Friedensratschlag, Friedens-Memorandum 2000, S. 17.

⁴⁸ vgl. Piper Gerhard: Raketenabwehr, Erstschlagsfähigkeit und die Zukunft der Rüstungskontrolle, in: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V., antimilitarismus information, 30. Jg., Heft 5/00, S. 29.

⁴⁹ vgl. Damjanov, Tobias, Atomwaffen abschaffen, in: Luedtke, Ralph-M./Strutynski, Peter (Hrsg.), Nach dem Jahrhundert der Kriege, S. 282.

⁵⁰ vgl. Kubbig, W. Bernd, Die Demontage des ABM-Vertrages gefährdet die gesamte Rüstungskontrolle, in: Mutz, Reinhard/Ratsch, Ulrich/Schoch, Bruno (Hrsg.), Friedensgutachten 1999, S. 221.

⁵¹ vgl. Die Presse, Russland will mit Europa Raketen abwehren, 30.12.2000, S. 5.

Einer Mitte Jänner erfolgten Umfrage in den USA zufolge, unterstützten 80% der AmerikanerInnen ein Nationales Raketenabwehrsystem. Mit zunehmender Information schwindet die Zustimmung zu den derzeitigen Plänen. Nur 45% sind dafür, wenn die Kosten zwischen 60 und 100 Milliarden US\$ betragen (47% dagegen). 45% befürworten das System, wenn ein neuerlicher Rüstungswettlauf ausgelöst wird (49% dagegen) und nur 37% befürworten NMD, wenn dadurch ein gültiger Vertrag mit Russland gebrochen werden würde. (56% wären in diesem Fall dagegen).⁵²

Der neue US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld gehört zu den unterschiedenen Befürwortern des NMD – trotz der möglichen Konfrontation mit Russland und China und der teils kritischen Töne aus Europa.⁵³ 1998 wurde unter dem ehemaligen und nunmehr auch neuen Verteidigungsminister Rumsfeld eine ExpertInnenrunde zur Gefahreinschätzung einberufen. Die Raketenentwicklung wird nach dieser Einschätzung in den Staaten der „Dritten Welt“ so weit fortgeschritten sein, dass eine enorme Bedrohung von US-Interessen entstehen wird. Die klare Forderung nach dem Aufbau eines Raketenabwehrprogrammes wurde erhoben.⁵⁴ Die USA und ihr neuer Verteidigungsminister überziehen die Bedrohungslage der USA, um NMD zu legitimieren. Der größte Bedrohungsfaktor – die nordkoreanische Taepodong – kann, so zeigen auch die jüngsten Versuche, durch geschickte Diplomatie und Kooperationsangebote deutlich entschärft werden. Die eingeläutete militärische Alternative wird nicht nur Aufrüstung nach sich ziehen, sondern zerstört auch die aufgebaute Struktur der weltweiten Rüstungskontrolle.

Die Einwände Chinas gegenüber der US-Raketenabwehr bezieht sich sehr stark auf die mögliche Teilnahme Taiwans an einem TMD. Eine mögliche Stationierung von Abwehrraketen in Taiwan hätte globale Folgen für die Rüstungskontrolle.⁵⁵

Russische ExpertInnen meinen, dass durch eine unnachgiebige Haltung in Bezug auf die Aufweichung des ABM-Vertrages die russische Regierung – wie bei der Erweiterung der NATO – auch Teile ihrer Interessen nicht durchsetzen

⁵² vgl. Die Presse Online, 26.1.2001.

⁵³ vgl. Rumsfeld, Neue Aufgaben im alten Ministerium, in: Wiener Zeitung, 2.1.2001, S. 4.

⁵⁴ vgl. Piper, Gerhard, Zwischen Erstschlagsfähigkeit und Rüstungskontrolle. Die aktuelle Militärpolitik der NATO und der USA, Vortrag am Wochenendseminar des dt. Friedensrates und des Bundesausschusses des Friedensratschlages am 31.3.2000 in Brotterode, Thüringen, zu finden unter <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/NATO/Strategie.html> angewählt am 23.11.2000; zu diesem Thema siehe auch: Acronym Institute, Disarmament Diplomacy no. 40 (September/October 1999), CIA Ballistic Missile Threat Report, page 41f, <http://www.acronym.org.uk>

⁵⁵ vgl. Kubbig, W. Bernd, Die Demontage des ABM-Vertrages gefährdet die gesamte Rüstungskontrolle, in: Mutz, Reinhard/Ratsch, Ulrich/Schoch, Bruno (Hrsg.), Friedensgutachten 1999, S. 226.

könne.⁵⁶ Die US-Politik – insbesondere nach der Präsidentenwahl und der Bekanntgabe des neuen Verteidigungsministers – deutet darauf hin. Der Ruf nach Mehrfachsprengköpfen wird in Russland aufgrund der US-Politik wieder laut.

Im Zuge der Kontroversen um die Schaffung von NMD verfassten der damalige US-Präsident Clinton und der russische Präsident Putin am 6. September 2000 in New York eine „Strategic Stability Cooperation Initiative“.⁵⁷ Darin wird der ABM-Vertrag als Eckpfeiler strategischer Stabilität bezeichnet. In diesem Papier kommt auch zum Ausdruck, dass es keinerlei Einigung über START III und den ABM-Vertrag gibt. Auf dem Gebiet der TMD soll es zu intensiveren Kooperationen zwischen den USA und Russland kommen. Wenige Tage vor diesem Abkommen – am 1.9.2000 – betont William Clinton die Haltung zu NMD: „The issue is (...) not to meet today’s threat, but to meet tomorrow’s threat to our security ...“⁵⁸ George W. Bush antwortete auf die Rede Clintons: „As President, I intend to develop and deploy an effective missile defense system at the earliest possible date to protect American citizens from accidental launches or blackmail by rogue nations.“⁵⁹ Die Uneinigkeit über die Realisierung von NMD und die Zukunft des ABM-Vertrages drängt Moskau zu Handlungsbedarf. Die Wahrscheinlichkeit, dass die USA NMD ohne russische Zustimmung stationieren, ist nicht gering. Der russische General Wladimir Jakowlew schlug vor, „einen konstanten allgemeinen Index für strategische Rüstung einzuführen, in den neben den nuklearen Offensivwaffen auch die Anti-Raketen-Abwehrsysteme aufgenommen werden.“⁶⁰ Durch die gleichzeitige Reduzierung von Offensivwaffen und die Schaffung neuer Defensivwaffen könnte eine erneute Parität herbeigeführt werden.⁶¹ Aufgrund der Komplexität – speziell die Rolle anderer NWS berücksichtigend – sei vor einfachen Abtauschregelungen wie im Kalten Krieg gewarnt. Zudem könnten die USA vollzogene Abrüstungsschritte nach der

⁵⁶ vgl. Kubbig, W. Bernd, Die Demontage des ABM-Vertrages gefährdet die gesamte Rüstungskontrolle, in: Mutz, Reinhard/Ratsch/Ulrich/Schoch, Bruno (Hrsg.), Friedensgutachten 1999, S. 224.

⁵⁷ vgl. Acronym Institute, Disarmament Diplomacy no. 50 (September 2000): US-Russia Strategic Stability Cooperation Initiative, page 27 ff., <http://www.acronym.org.uk>

⁵⁸ Acronym Institute, Disarmament Diplomacy no. 49 (August 2000): President Clinton NMD Decision, page 33, <http://www.acronym.org.uk>

⁵⁹ Acronym Institute, Disarmament Diplomacy no. 49 (August 2000): Comment & Reaction, Governor George W. Bush, page 37, <http://www.acronym.org.uk>

⁶⁰ vgl. Scheffran, Jürgen, Raketenabwehr, Stabilität und präventive Rüstungskontrolle. Von SDI zu NMD, in: Wissenschaft und Frieden, Nr. 1/2001, S. 24; Originalfundort: ‘Widersprüchliche Signale zum ABM-Vertrag’ FAZ, 14.11.2000.

⁶¹ vgl. Scheffran, Jürgen, Raketenabwehr, Stabilität und präventive Rüstungskontrolle. Von SDI zu NMD, in: Wissenschaft und Frieden, Nr. 1/2001, S. 24.

Schaffung von NMD mit vorgeschobenen Begründungen jederzeit wieder rückgängig machen.

Bundeskanzler Schröder hat für den Fall, dass es zu keinen Konfrontationen mit Russland kommt, den deutschen Anspruch klar formuliert: Die neuen Technologien müssten gemeinsam mit den Europäern entwickelt werden, damit Know-how und Arbeitsplätze nicht nur in den USA entstünden⁶² – „wenn es so etwas gibt, gibt es natürlich für uns ein eminentes wirtschaftliches Interesse.“⁶³ Schröders Aussagen sind auch dahingehend zu werten, dass der Motor der gemeinsamen europäischen Rüstungsindustrie nicht ins Stottern gerät. Der Preis dafür scheint nicht mehr erwähnenswert.

2.5. Die USA und die „Schurkenstaaten“

Mittlerweile wurde der Begriff „Schurkenstaaten“ (rogue states) vom US-Außenministerium durch den Begriff „Besorgniserregende Staaten“ (states of concern) ersetzt. Ein „Schurkenstaat“ ist aber kein krimineller Staat, sondern vielmehr einer, „der sich den Anordnungen der Mächtigen, insbesondere denen der USA, nicht fügen wollte – als würde die USA nicht selbst unter die infame Bezeichnung ‚Schurkenstaat‘ fallen“.⁶⁴ Washington zählt Nordkorea, Kuba, Irak, Iran, Libyen, Sudan und Syrien eben zu diesen Staaten. Hinsichtlich des Vorgehens gegen diese Staaten meinte die ehemalige US-Außenministerin Albright, die USA würden „multilateral reagieren, wenn wir können, und unilateral, wenn wir müssen.“ George Bush – der Vater des derzeitigen US-Präsidenten – übermittelte seinerzeit dem Kongress die Forderungen nach einem enormen Aufrüstungskurs mit der Begründung: „In einer neuen Ära (...) bezieht sich der Einsatz unserer militärischen Streitkräfte wahrscheinlich weniger auf die Sowjetunion als vielmehr auf die Dritte Welt, wo vielleicht neue militärische Fähigkeiten und Methoden erforderlich werden.“⁶⁵

Nordkorea ist speziell durch den Test der Taepodong-Rakete zu den größten Feindbildern der USA geworden. Der Testversuch schlug allerdings fehl. Dass Nordkorea auf einen weiteren Raketentest verzichten muss, hält als Legitimationsgrund für die weitere Forschung an NMD stand. Nordkorea ist mittlerweile der größte asiatische Empfängerstaat von US-Auslandshilfe. Als Ge-

⁶² vgl. Meng, Richard, Bush lehrt Berlin den Beifall. Bundesregierung übt keine Kritik mehr an der Raketenabwehr, in: Frankfurter Rundschau, 1.3.2001.

⁶³ Schwarz, Patrik, Raketenabwehr: Schröder findet daran auch Gutes, in: TAZ, 1.3.2001.

⁶⁴ Chomsky, Noam, Washington stellt sich über internationales Recht. Das Besorgnis erregende Konzept vom Schurkenstaat, in: Le Monde diplomatique, Nr. 6216, 11.8.2000, S. 12f.

⁶⁵ vgl. Chomsky, Noam, Washington stellt sich über internationales Recht. Das Besorgnis erregende Konzept vom Schurkenstaat, in: Le Monde diplomatique, Nr. 6216, 11.8.2000, S. 12f.

genleistung testet Nordkorea keine weiteren Raketen.⁶⁶ Auch in Japan hat der nordkoreanische Raketentest zu Unbehagen geführt. Japan hat bereits im April 1999 8 Mio. US\$ in Machbarkeitsstudien über ein amerikanisch-japanisches Raketenabwehrprogramm investiert.⁶⁷ Der ehemalige US-Verteidigungsminister Cohen äußerte sich in Tokyo im Jänner 1999 dahingehend, dass eine Kooperation in Bezug auf TMD für Japan hilfreich wäre. China protestierte wegen der Pläne und meinte, dass diese Vorhaben sich negativ auf die regionale und globale Sicherheit auswirken werden.⁶⁸ Aufgrund der sehr begrenzten nordkoreanischen Ressourcen dürfte es noch viele Jahre dauern, bis eine funktionsfähige Rakete gebaut werden kann, die lediglich Hawaii und Alaska zu treffen in der Lage ist.⁶⁹

China verfügt über jeweils 20 Raketen des Typs DF-4 und DF-5 und besitzt nach derzeitigen Erkenntnissen nur 20 interkontinental einsetzbare Nuklearwaffensysteme. Insgesamt verfügt China über 290 strategische Gefechtsköpfe und 120 taktische Atomwaffen.⁷⁰ Weitere Typen befinden sich derzeit in Entwicklung. Selbst das Pentagon kam bei der Analyse chinesischer Strategiepapiere zur Erkenntnis, dass China bis zum Jahr 2030 einen Krieg gegen die USA möglichst vermeiden will.⁷¹ China besitzt in Relation zu den anderen NWS nur wenige Atomwaffen. China erklärt in seinem „Defence White Paper“ vom 16.10.2000, dass es keinen Erstschlag vornehmen und auch keine NNWS mit Atomwaffen bedrohen wird. China nimmt an keinem nuklearen Wettrüsten teil und hat seine Atomwaffen nur zur Verteidigung und zur Abschreckung von Gegnern.⁷² Damit China einen Vergeltungsschlag durchführen kann, müsste China eine Aufrüstungskampagne starten. So ein Schritt kann gleichzeitig einen negativen Effekt auf die nicht erklärten NWS Indien und Pakistan haben. Ebenso sind diese Schritte in Bezug auf Taiwan nicht abzuschätzen. Ein nuklearer Dominoeffekt könnte sich auslösen.

⁶⁶ vgl. Kubbig/Neuneck 2000, a.a.O., S. 256.

⁶⁷ vgl. Kubbig, Bernd W., Die Demontage des ABM-Vertrages gefährdet die gesamte Rüstungskontrolle, in: Mutz, Reinhard/Ratsch, Ulrich/Schoch, Bruno (Hrsg.), Friedensgutachten 1999, S. 225.

⁶⁸ vgl. Acronym Institute: Disarmament Diplomacy no. 33 (December 1998, January 1999): US-Japan TMD Cooperation alarms China, page 57, <http://www.acronym.org.uk>

⁶⁹ vgl. Piper, Gerhard, Raketenabwehr, Erstschlagsfähigkeit und die Zukunft der Rüstungskontrolle, in: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V.: antimilitarismus information, 30. Jg, Heft 5/00, S. 24f.

⁷⁰ vgl. Darmstädter Friedensforum 2000, a.a.O., S. 7.

⁷¹ vgl. Piper, Gerhard, Raketenabwehr, Erstschlagsfähigkeit und die Zukunft der Rüstungskontrolle, in: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V.: antimilitarismus information, 30. Jg., Heft 5/00, S. 24f.

⁷² vgl. Acronym Institute, Disarmament Diplomacy no. 51 (October 2000): China Defence White Paper, page 41, <http://www.acronym.org.uk>

Die NATO unter US-Führung hat gegenüber den sogenannten Schwellenländern der „Dritten Welt“ zwei Möglichkeiten. Erstens kann die NATO zur Nichtweiterverbreitung oder Abrüstung von Atomwaffen in den „Schurkenstaaten“ und anderen Ländern Schritte in Richtung einer ernstgemeinten Abrüstung setzen. Dies umfasst alle Maßnahmen der Rüstungskontrolle und der Abrüstung (u.a. START, CTBT, FMCT, NWFZs) und konkrete Schritte mit Zeitplänen zur Realisierung von Artikel VI des NPT. So könnte die Legitimation für NMD und andere US-Aufrüstungspläne abhandeln kommen. Das andere Szenario ist, dass die USA mit Hilfe anderer NATO-Staaten auf aggressive Counterproliferation setzen. Das bedeutet letztlich ein Scheitern der weltweiten Rüstungskontrolle, womit die Welt durch Aufrüstung verschiedenster Massenvernichtungswaffen wesentlich unsicherer wird. Viele Schritte des Vertrauensprozesses im Rahmen der einstigen KSZE oder anderer Institutionen wären zerfallen. Die Grundzüge der US-Politik der letzten Jahre – und der neue Präsident George W. Bush wird diesen Trend mit unverminderter Härte weiterführen – lassen eher das zweite Szenario befürchten. Die USA und die NATO-Staaten müssen sich auch fragen lassen, warum sie mit ihrer ohnehin großen militärischen Übermacht über so große nukleare Arsenale verfügen müssen. Die militärische Bedrohungslage ist für die Staaten der „Dritten Welt“ mit ihren geringen Ressourcen viel größer. Gerade die Aufgaben der Deutschen Bundeswehr – „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“⁷³ – könnten verschiedenste Länder als Bedrohung empfinden und sich als Antwort auf diese Strategie nuklear bewaffnen. Auch einer konventionellen Übermacht könnte mit dem Versuch des Aufbaus von atomaren Kapazitäten begegnet werden. Der Schlüssel liegt nicht im Aufbau von Militärkapazitäten, sondern in der Schaffung von effektiven Abrüstungsvereinbarungen.

2.6. Kernwaffenprojekte im Nahen Osten

Die vor allem aufgrund von US-Quellen als bedrohlich bezeichneten Staaten Irak, Iran, Libyen und Syrien stehen im Verdacht, Massenvernichtungswaffen entwickelt zu haben oder über die Befähigung und die Absicht zu verfügen, diese anzuschaffen. Durch massives Betreiben der USA wurde von der IAEO das Nuklearwaffenprogramm des Irak weitgehendst aufgedeckt. Israel gilt als unerklärter NWS. Aufgrund der Beschaffungsanreize für die arabischen Nachbarstaaten hält sich Israel diesbezüglich bedeckt. Dennoch ist Israel daran interessiert, seine Abschreckungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Zwischen 100 und 200 Sprengköpfe werden in den Arsenalen Israels vermutet. 1986 gab der Atomtechniker Mordechai Vanunu in der „Sunday Times“ ein Interview über die

⁷³ Bundesminister der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien der deutschen Bundeswehr, Bonn 26.11.1992, Kapitel II, Punkt 8, (8), S. 5.

Existenz von Atomwaffen. Der israelische Geheimdienst entführte und verurteilte ihn zu 18 Jahren Haft. 12 Jahre davon in Einzelhaft. Nach Angaben der USA versucht auch der Iran eine Nuklearkapazität aufzubauen. Die Kooperationen im Nuklearbereich mit China und Russland nähren die US-Spekulationen. Die USA unterstellen, dass der Iran ein Beschaffungsnetz errichtet. Die IAEO-Inspektionen haben keine Hinweise auf die Verletzung des NPT ergeben.⁷⁴

2.7. Die Nukleardoktrin der „neuen“ NATO

Gerade von Seiten der Russischen Föderation wurde beim Beitritt Tschechiens, Ungarns und Polens immer wieder auf die Nukleardoktrin der NATO hingewiesen. Inmitten des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien wurde die neue Doktrin der NATO verabschiedet. Darin wird argumentiert: „Das Vorhandensein starker Nuklearstreitkräfte außerhalb des Bündnisses stellt ebenfalls einen bedeutsamen Faktor dar, dem das Bündnis Rechnung tragen muss.“⁷⁵ Daraus folgert die NATO: „Die Präsenz konventioneller und nuklearer Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Europa bleibt lebenswichtig für die Sicherheit Europas, die untrennbar mit der Sicherheit Nordamerikas verbunden ist.“⁷⁶ Die NATO verabschiedet sich nicht vom Konzept der nuklearen Teilhabe. „Nukleare Streitkräfte werden weiterhin eine wesentlich Rolle spielen, indem sie dafür sorgen, dass ein Angreifer im Ungewissen darüber bleibt, wie die Bündnispartner auf einen militärischen Angriff reagieren würden.“⁷⁷ Die hier zum Ausdruck gebrachte Unberechenbarkeit zeugt davon, dass der westliche nuklear gerüstete Militärpakt den lang andauernden Vertrauensprozess der internationalen Beziehungen und die Politik der partiellen kleinen Schritte in ihrer Doktrin nicht widerspiegelt. Die NATO meint weiter, dass „eine geeignete Zusammensetzung nuklearer und konventioneller Streitkräfte beibehalten“ wird, „die in Europa stationiert sind und auf dem gebotenen Stand gehalten werden.“⁷⁸ Die USA verfolgen darüber hinaus die Strategie der „counterproliferation“ – andere Länder von der Inbesitznahme von Atomwaffen abzuhalten – besonders auch mit militärischen Mitteln.

Die nukleare Teilhabe (Nuclear Sharing) der NATO schreibt fest, Atomwaffen in NNWS im Falle eines Atomkrieges auch in Flugzeuge von NNWS zu laden und die Piloten der NNWS mit fremden Atomwaffen fliegen zu lassen. Durch diese Regelung wird beispielsweise Deutschland im Kriegsfall zum

⁷⁴ vgl. Johannsen, Margret/Neuneck, Götz, Proliferation und Kontrolle von Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten, in: Mutz/Schoch, Friedhelm, Friedensgutachten 1998, S. 305f.

⁷⁵ NATO, Das Strategische Konzept des Bündnisses, NATO-Homepage: <http://www.nato.int/>, Punkt 21.

⁷⁶ NATO 1999, a.a.O., Punkt 42.

⁷⁷ NATO 1999, a.a.O., Punkt 62.

⁷⁸ NATO 1999, a.a.O., Punkt 46.

Atomwaffenstaat. Diese NATO-Strategie stellt einen Verstoß gegen Artikel I und II des NPT dar. Die NATO praktiziert damit die Weitergabe der Kontrolle von Nuklearwaffen.⁷⁹ Belgien, Deutschland, Griechenland, Großbritannien, Italien, die Niederlande und die Türkei akzeptieren durch die nukleare Teilhabe die Stationierung von rund 180 US-Atomwaffen in ihren Staaten.

Auf Basis der hohen US-Rüstungsbudgets stellt auch Russland Überlegungen zur künftigen Rolle als Supermacht an. Die Ostexpansion der NATO sowie der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen Jugoslawien sind für Russland ausreichende Indizien, dass auch Atomwaffen künftig für die US-Außenpolitik eine zentrale Rolle spielen könnten. Die finanzielle Situation Russlands lässt den Ausbau konventioneller Streitkräfte nicht zu. In Russland bekommen jene Stimmen mehr politisches Gewicht, die einen Rückgriff auf Atomwaffen einfordern. Im Jänner 2000 wurde unter Putin ein Militärgesetz verabschiedet, in dem der „Gebrauch aller verfügbaren Mittel und Kräfte, einschließlich Nuklearwaffen“, festgeschrieben wird, „im Falle der notwendigen Zurückschlagung eines bewaffneten Angriffs, wenn alle anderen Mittel die Krise zu bewältigen ausgeschöpft sind oder sich als unbrauchbar erwiesen haben.“⁸⁰ Damit verschärft auch Moskau seine Gangart in Bezug auf den möglichen Einsatz von Atomwaffen. Atomwaffen könnten als kostengünstiges Mittel gesehen werden, die politische und militärische Balance zwischen Russland und den USA aufrecht zu erhalten.⁸¹ Russland ist aber auch kaum in der Lage, ausgemusterte Waffengattungen durch neue Systeme – wie z.B. die Topol M Interkontinentalrakete – zu ersetzen.⁸² Der Aufbau der Euro-Armee könnte diesen Trend noch bestärken. Der NATO-Russland-„Dialog“ erweckt allerdings nicht den Eindruck, dass derzeit ein Klima für Abrüstungsvereinbarungen vorherrscht. Statt Abrüstung versuchen die USA die Russische Föderation mit allen Mitteln zur Zerschlagung des ABM-Vertrages zu bringen. Es scheint so, als könne aus einer Abrüstung nur Russland einen Nutzen ziehen: Die Auflösung der Nukleardoktrin der NATO, das Ende der nuklearen Teilhabe und die Senkung der Alarmbereitschaft für Atomwaffen wären zu erlangen. Auf dem Spiel steht der ABM-Vertrag oder eine mögliche zweite Runde der NATO-Osterweiterung.

⁷⁹ vgl. Wunderlich, Antje, Erfolg oder verlorene Liebesmüh' – Die sechste NPT-Überprüfungskonferenz, in: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V.: antimilitarismus information, 30. Jahrgang, Heft 6/00, S. 38f.

⁸⁰ vgl. Wunderlich, Antje, Erfolg oder verlorene Liebesmüh' – Die sechste NPT-Überprüfungskonferenz, in: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V.: antimilitarismus information, 30. Jahrgang, Heft 6/00, S. 36.

⁸¹ vgl. Nassauer, Otfried, Weichenstellungen auf dem Weg zu einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur, in: Massarrat, Betz, Für eine Friedenspolitik ohne Militär, European Peace Congress Osnabrück 1998, S. 90.

⁸² vgl. Piper, Gerhard, Raketenabwehr, Erstschlagsfähigkeit und die Zukunft der Rüstungskontrolle, in: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V.: antimilitarismus information, 30. Jg, Heft 5/00, S. 28.

Von der neuen politischen Führung in den USA ist derzeit aufgrund der militärischen Übermacht keine ernstgemeinte Abrüstungsinitiative zu erwarten.

In den USA – dem führenden NATO-Mitglied – werden bis 2003 zusätzlich 300 Mrd. US\$ für Verteidigung ausgegeben. Bereits heute ist das Verteidigungsbudget 18 Mal größer als die Verteidigungsbudgets der 7 Staaten, die die USA als „Schurkenstaaten“ abqualifiziert haben.⁸³ Der Verteidigungshaushalt soll von derzeit 263 Mrd. US\$ in sechs Jahren auf 318,9 Mrd. US\$ erhöht werden.⁸⁴

Aus der NATO-Militärstrategie MC 400/2 leitet sich ab, dass die NATO auch Drohungen mit Nuklearwaffen gegenüber Staaten ausspricht, die mit biologischen oder chemischen Waffen drohen.⁸⁵ Die Militärstrategie MC 400/2 wurde am 24.5.2000 in Florenz genehmigt. Der Einsatz von Atomwaffen gegen Länder, die chemische oder biologische Waffen besitzen, wird nicht ausgeschlossen.⁸⁶ Hinsichtlich der Militärstrategie der NATO schlussfolgert auch Andreas Zumach ähnlich: „Die Doktrin des atomaren Ersteinsatzes blieb unverändert – das heißt, die NATO behält sich das ‚Recht‘ vor, in einem Konflikt als erste Atomwaffen gegen einen Angreifer einzusetzen – unabhängig davon, ob dieser selber über Atomwaffen verfügt oder nicht. ... Washington geht davon aus, dass die Diplomatie und die Instrumente multilateraler Rüstungskontrollpolitik gegen diese ‚neuen Bedrohungen‘ nichts mehr ausrichten können. Deshalb betreiben die USA den Ausbau militärischer Droh- und Abschreckungsmittel bis hin zur Entwicklung neuer, regional einsetzbarer Mini-Atomwaffen. ... Washington verknüpft damit die Hoffnung, die inzwischen 18 Bündnispartner bis zum NATO-Gipfel 2001 doch noch von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Doktrin der ‚military counterproliferation‘ überzeugen zu können.“⁸⁷

⁸³ vgl. Middle Power Initiative 1999, a.a.O., S. 46.

⁸⁴ vgl. Aust, Björn, US-Kongress lehnt Ratifizierung des CTBT ab. Wahlkampfgeplänkel oder Richtungsentscheidung?, in: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V.: antimilitarismus information, 29. Jahrgang, Heft 12/99, S. 50.

⁸⁵ vgl. Wunderlich, Antje, Erfolg oder verlorene Liebesmüh' – Die sechste NPT-Überprüfungskonferenz, in: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V.: antimilitarismus information, 30. Jahrgang, Heft 6/00, S. 36.

⁸⁶ vgl. Butcher, Martin/Nassauer Otfried/Padberg Tanya/Plesch Dan, Questions of Command and control: NATO, Nuclear Sharing and the NPT, PENN-Research Report 2000.1 vom 1. März 2000, S. 32, http://www.basicint.org/nuk_nukesharing_part1.htm

⁸⁷ vgl. Zumach, Andreas, Die Sieger der Geschichte. Zur neuen Strategie der NATO, in: Reinecke Stefan (Hg.): Die neue NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Interventionsmacht?, Rotbuch Verlag, Hamburg 2000, S. 61f. vgl. dazu auch: Piper, Gerhard, Zwischen Erstschlagsfähigkeit und Rüstungskontrolle. Die aktuelle Militärpolitik der NATO und der USA, Vortrag am Wochenendseminar des dt. Friedensrates und des Bundesausschusses des Friedensratschlages am 31.3.2000 in Brotterode, Thüringen, zu finden unter

1997 wurde in den USA durch eine Presidential Decision Directive die Drohung mit dem Ersteinsatz und der Vergeltung wieder als strategische Anweisung festgemacht. Weiters erlaubt die Anweisung Atomschläge gegen NNWS, wenn diese B- oder C-Waffen einsetzen.⁸⁸

2.8. Die EU auf dem Weg zur Nuklearmacht?

EU-kritische Kräfte wurden in Österreich bereits vor der Volksabstimmung über einen EU-Beitritt 1994 auf deren Militarisierung aufmerksam. Frankreichs Ex-Außenminister Poncet meinte 1992: „Am Ende des Weges zur europäischen Solidarität wird klarerweise auch die nukleare Solidarität stehen“.⁸⁹

Gerade im Zuge der besonders umstrittenen französischen Atomwaffentests wurden in Frankreich Äußerungen laut, dass diesbezüglich gemeinschaftlichere Entscheidungsprozeduren anzustreben seien. In einer WEU-Studie wurde seinerzeit analysiert, dass dies eine Lösung sei, um eigene deutsche Atomwaffen vorerst zu verhindern.⁹⁰ Dass ein Mandat im UN-Sicherheitsrat scheinbar mit dem Status eines NWS zusammenhängt, bestärkt deutsches Dominanzstreben. Unter der rot-grünen Regierung hat Deutschland im völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien deutsche Außenpolitik als „Friedenspolitik“ gründlich genug unter Beweis gestellt. Bereits 1993 machte Außenminister Kinkel die Rolle Deutschlands deutlich: „Nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potenzial entspricht ... Unsere Bürger haben begriffen, dass die Zeit unseres Ausnahmezustandes vorbei ist.“⁹¹ Diese Geisteshaltung drückt weder eine Politik der Entspannung noch einer gemeinsamen Sicherheit aus. „Das angeblich vorteilhafte Leben unter dem Nuklearschirm der Alliierten, verbunden mit einer noch unterschwelligen nuklearen Teilhabe wie in den Zeiten des Kalten Krieges, wird als nicht mehr ausreichend angesehen. Supranationale Verfügung über Atomwaffen oder zumindest gemeinschaftliche Programme könnten die Entwicklungsrichtung nach Ende der Blockkonfrontation sein, um deutsche Statussorgen zu entkräften.“⁹² Ein nuklearer Rüstungswettlauf wäre die unmittelbare Folge.

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/NATO/Strategie.html> angewählt am 23.11.2000.

⁸⁸ vgl. Middle Power Initiative 1999, a.a.O., S. 50.

⁸⁹ Le Monde 12.1.1992

⁹⁰ vgl. Liebert, Wolfgang, Atomwaffen und atomare Bedrohung heute, in: Schindler-Saefkow/Strutynski (Hrsg.): Kriege beenden, Gewalt verhüten, Frieden gestalten, S. 77.

⁹¹ aus: Goldendach, Walter/Minow, Hans-Rüdiger; Von Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas, 3. Auflage, München 1999, S. 59.

⁹² vgl. Lieber, Wolfgang: Atomwaffen und atomare Bedrohung heute, in: Schindler-Saefkow, Strutynski (Hrsg.): Kriege beenden, Gewalt verhüten, Frieden gestalten, S. 78.

Helmut Kohl und Jacques Chirac einigten sich 1997: „Our countries are ready to start a dialogue on the function of the nuclear deterrent within the context of European defence policy“.⁹³ Schon 1995 stellte der französische Premier Juppé seinen europäischen Partnern eine „europäische Option“ – eine „erweiterte Abschreckung“ – in Aussicht. Die Tendenzen zur „Europäisierung“ der französischen Atomwaffen löste in der EU allerdings keine Begeisterung aus. Frankreich hatte jedoch nicht daran gedacht, die letzte Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen aus den Händen zu geben.⁹⁴ Juppé meinte: „die europäische Zusammenarbeit kann nicht länger die nukleare Dimension unserer gemeinsamen Sicherheit ignorieren.“ Mitterrand fügte 1994 noch hinzu: „Atomare Abschreckung ist die Basis europäischer Sicherheit.“⁹⁵ Für die Vertrauensbildung, die Abrüstung und die Herausbildung einer „Friedensmacht Europa“ sind solche Vorstellungen strikt abzulehnen. Ein solcher Schritt würde die Militarisierung Europas einen deutlichen Schritt voranbringen und Russland weiter sicherheitspolitisch aus einem Dialogprozess ausschließen.

Der Militärapakt WEU als integraler Bestandteil der Entwicklung der EU hat mehrere Male deutlich sein Bekenntnis zur positiven Rolle von Atomwaffen ausgedrückt.⁹⁶ Durch die Eingliederung von bedeutenden Teilen der WEU in die EU sollte im Teil der GESVP ein Absatz angefügt werden: „Gemäß den internationalen Verpflichtungen aus dem NPT verzichtet die Union im Rahmen der gemeinsamen Verteidigungspolitik auf die Produktion und den Besitz von Kernwaffen sowie auf jegliche Form direkter oder indirekter Verfügungsgewalt über Kernwaffen.“⁹⁷

2.9. Verhältnis Österreichs zur nuklearen Abrüstung

Seit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU scheint auch Österreichs Abrüstungsdiplomatie große Veränderungen zu durchlaufen. Das Abstimmungsverhalten Österreichs bei der UNO ist für einen neutralen Staat ohne Kernkraftwerke doch verwunderlich. Bei der 54. UN-Vollversammlung im Dezember 1999 stimmte Österreich mit 41 anderen Staaten gegen Verhandlungen

⁹³ Chirac/Kohl, The Nuremberg Memorandum. A Common Franco-German Concept for Security Defence, in: The European Journal, Februar 1997.

⁹⁴ vgl. Müller, Harald, Kernwaffen und deutsche Interesse: Versuch einer Neubestimmung, HSFK-Report 5/1999, Frankfurt, Oktober 1999, S. 16.

⁹⁵ vgl. Damjanov, Tobias, Ergänzende Anmerkungen und Hinweise, in: Schindler-Saefkow/Strutynski: Kriege beenden, Gewalt verhüten, Frieden gestalten. Zur Neupositionierung der Friedensbewegung, S. 102.

⁹⁶ vgl. Assembly of Western European Union, The role and future of nuclear weapons, (40th ordinary session), Document 1420, 19th May 1994 (Rapporteur Mr. De Decker) sowie WEU Council of Ministers: WEU Contribution to the European Union. Intergovernmental Conference of 1996, Madrid, 14.11.1995.

⁹⁷ Manifest von Schlaining, Die NATO-Osterweiterung und die europäischen Kernwaffen. Schritte zu einer nicht-nuklearen europäischen Sicherheit, Politisches Aktionsprogramm.

über eine Kernwaffenkonvention, die den Einsatz und die Androhung des Einsatzes dieser Waffen verbietet. 104 Staaten stimmten für diese Resolution. Weiters stimmte Österreich mit 40 anderen Staaten gegen einen Appell an die NWS, wirkungsvolle Abrüstungsmaßnahmen zu verwirklichen. Ebenfalls 104 Staaten unterstützten diese Resolution. Mit ebenfalls 104 zustimmenden Staaten verweigerte Österreich in Gesellschaft 42 anderer Staaten einen Appell an die fünf NWS, Schritte zu setzen, mit denen das Risiko eines unbeabsichtigten oder zufälligen Einsatzes von Kernwaffen vermindert wird.⁹⁸ Der Österreichische Friedensrat richtete ein Schreiben an den ehemaligen Außenminister Dr. Wolfgang Schüssel mit der Bitte, sich bei der UN-Vollversammlung für vollständige nukleare Abrüstung einzusetzen. Obiges Abstimmungsverhalten zeigt die Wirkung der GASP auf die Möglichkeiten unabhängiger Außenpolitik. Das Außenministerium richtete einen kurzen Antwortbrief mit dem aussagekräftigen Textbaustein an den Österreichischen Friedensrat: „Grundlage unseres Abstimmungsverhaltens im nuklearen Bereich ist das Ziel der österreichischen Bundesregierung einer vollständigen nuklearen Abrüstung.“

1999 sammelten verschiedenste Organisationen der österreichischen Friedensbewegung Unterschriften für eine Petition an den Nationalrat. Aufgrund der NATO-Mitgliedschaft Ungarns und der verstärkten Kooperation mit der NATO bestand die Gefahr, Österreich als Transitland für Atomwaffen zu missbrauchen. Die Petition der Friedensbewegung war ein großer Erfolg. Wenige Wochen später wurde durch einen Allparteiantrag das Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich verabschiedet.⁹⁹ In Österreich dürfen nach diesem Gesetz Atomwaffen nicht hergestellt, gelagert, transportiert, getestet oder verwendet werden. Einrichtungen für die Stationierung von Atomwaffen dürfen nicht geschaffen werden. Anlagen zum Zwecke der Energiegewinnung durch Kernspaltung dürfen nicht errichtet werden. Weiters ist die Beförderung von spaltbarem Material auf dem Staatsgebiet untersagt, sofern völkerrechtliche Verpflichtungen nicht entgegenstehen.¹⁰⁰

2.10. Die New Agenda Coalition (NAC) setzt Trends zur atomaren Abrüstung

Im Juni 1998 haben die AußenministerInnen aus Ägypten, Brasilien, Irland, Mexiko, Neuseeland, Slowenien, Südafrika und Schweden die Erklärung „Auf dem Weg zu einer kernwaffenfreien Welt: die Notwendigkeit einer neuen Agenda“ veröffentlicht. Kritisiert werden die 5 offiziellen und die 3 nicht offi-

⁹⁸ vgl. Österreichischer Friedensrat, Die Abrüstungsresolutionen der 54. UN-Vollversammlung. Das Abstimmungsverhalten der österreichischen Delegation, Stimmen zur Zeit, Ausgabe 169, Dez. 99, S. 2f.

⁹⁹ BGBl. I Nr. 149/1999, Dokumentnummer BGBl./OS/19990813/1/0149.

¹⁰⁰ Dokumentiert in: OMEGA-News, IPPNW – Österreich, Ausgabe 13 vom Dezember 1999, S. 6.

ziellen NWS. Eingefordert werden sofortige praktische Schritte zur Abschaffung der Atomwaffenpotenziale. Aufgrund des Druckes der NATO auf Slowenien ist der Staat letztlich aus der NAC ausgestiegen. Die NAC bezieht fast jeden Kontinent mit ein und repräsentiert die überwiegende Mehrheit der Staaten, die über den derzeitigen Stillstand der nuklearen Abrüstung mehr als besorgt sind. Aus Absatz 18 der Erklärung geht hervor: „Wir für unseren Teil werden keinerlei Anstrengung scheuen, die obengenannten Ziele zu verfolgen. Wir sind gemeinsam entschlossen, das Ziel einer Welt frei von Nuklearwaffen zu erreichen.“ Der Weg zur Abschaffung führt u.a. von der Aufhebung der Alarmbereitschaft über die Beendigung der Stationierung nicht-strategischer Waffen oder dem Verzicht auf den Ersteinsatz zur völligen Abschaffung. Die NAC tritt auf verschiedensten politischen Ebenen nachdrücklich und gemeinsam für die Abschaffung von Atomwaffen ein.¹⁰¹

Bei der UN-Generalversammlung 1998 brachte die NAC einen Antrag ein, der mit 114 Stimmen bei 18 Gegenstimmen und 38 Enthaltungen angenommen wurde. Die „Nein“-Stimmen vereinigten sich u.a. auf alle offiziellen und nicht-offiziellen NWS (mit Ausnahme Chinas). Die NAC erkennt darin einen Appell an die USA und ihre Verbündeten, ihre Meinung zu verändern. Die NAC tritt auch im Rahmen der UNO gemeinsam auf.¹⁰²

Am 28. September 2000 verfasste die NAC eine Resolution mit dem Titel „Towards a Nuclear-Weapon-Free World: the Need for a New Agenda“.¹⁰³ Die NAC ist besorgt über den Stillstand der Abrüstung. Sie ruft das IGH-Gutachten aus dem Jahre 1996 in Erinnerung und begrüßt die Ratifikation des CTBT durch Russland. Die NAC unterstützt das NPT-Schlußdokument aus dem hervorgeht, dass Maßnahmen zur Erreichung einer nuklearwaffenfreien Welt getätigt werden. Weiters wünscht die NAC das unverzügliche Inkrafttreten des CTBT und verlangt Fortschritte bei der CD. Die NAC anerkennt den ABM-Vertrag als Eckpfeiler strategischer Stabilität. Staaten, die nicht Mitglied des NPT sind, sollen den Vertrag unverzüglich ratifizieren. Von den NWS verlangt die NAC die Reduktion ihrer Atomwaffenarsenale, vermehrte Transparenz, die Reduktion nicht-strategischer Atomwaffen und letztlich die völlige Abschaffung ihrer Arsenale.

¹⁰¹ vgl. Middle Power Initiative 1999, a.a.O., S.15, 100ff, 112ff.

¹⁰² vgl. Middle Power Initiative 1999, a.a.O., S. 17.

¹⁰³ vgl. Acronym Institute: Disarmament Diplomacy no. 50 (September 2000): New Agenda Coalition: UNGA Draft Resolution & Communiqué, page 16 ff., <http://www.acronym.org.uk>

3. Die Bedeutung des Konzeptes der atomwaffenfreien Zonen

Die ersten Ideen, dem Konzept der nuklearen Abschreckung durch die Schaffung atomwaffenfreier Zonen antinukleare Alternativen gegenüberstellen zu können, stammen aus den 50er Jahren. Der polnische Außenminister Adam Rapacki schlug der UN-Generalversammlung 1957 einen nuklearwaffenfreien Korridor bestehend aus Polen, der ehemaligen Tschechoslowakei, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vor. Es bestand die Furcht, dass Mitteleuropa – speziell Polen – den nuklearen und konventionellen militärischen Machtspielen zum Opfer fallen könnte. Nach Akkordierung des Vorschlages mit dem Warschauer Pakt und der Zustimmung der Sowjetunion wurde der Plan von Westen zurückgewiesen. Rapacki verbesserte seinen Plan in mehreren Versionen und leistete für die Schaffung einer atomwaffenfreien Welt bedeutende Beiträge. Rapackis und Dutzende andere Vorschläge über atomwaffenfreie und entmilitarisierte Zonen wurden vielfach als durchsichtige Manöver des jeweiligen gegnerischen Machtbocks gesehen.¹⁰⁴

Auch in den 60er Jahren wurden zahlreiche Vorschläge für atomwaffenfreie Zonen unterbreitet. Der Undén-Plan aus Schweden wurde von den westlichen Mächten mit der generellen Kritik zurückgewiesen, dass atomwaffenfreie Zonen ein ungeeignetes Mittel zur Verwirklichung von Abrüstung seien. Der finnische Kekkonen-Vorschlag für eine nuklearwaffenfreie Zone in Skandinavien knüpfte an schwedische Ideen an und bezog sowjetische Vorschläge aus den 50er Jahren mit ein. Kekkonen wiederholte modifizierte Vorschläge atomwaffenfreier Zonen bis Ende der 70er Jahre. Bereits 1957 unterbreitete Rumänien den Vorschlag einer kernwaffenfreien Zone auf dem Balkan, die 1970, 1972 und 1982 bekräftigt wurden.¹⁰⁵

Aufbauend auf den Vorschlägen über eine atomwaffenfreie Zone in Europa, die in der offiziellen Politik nur wenig Gehör gefunden hatten, stellte Olof Palme seinen Vorschlag vor, der eine 300 Kilometer breite gefechts- und nuklearwaffenfreie Zone entlang der damaligen Grenze BRD-DDR, BRD-CSSR vorsah. Breitesten Teile der Friedensbewegung waren für die Unterstützung des Planes aktiv.¹⁰⁶ Besonders intensiv gestalteten sich die Diskussionen in der BRD und der DDR. Ende der 80er Jahre wurden die SPD und die SED für ei-

¹⁰⁴ vgl. Barth, Peter/Mechtersheimer, Alfred/Reich-Hilweg, Ines, Europa – Atomwaffenfrei!, S. 60–87.

¹⁰⁵ vgl. Barth, Peter/Mechtersheimer, Alfred/Reich-Hilweg, Ines: Europa – Atomwaffenfrei!, S. 88–99.

¹⁰⁶ Zu den Zweiflern zählte unter anderem Johan, Galtung: „Es ist eben kein guter Bericht“, in: Krippendorff/Stuckenbrock (Hrsg.), Zur Kritik des Palme Planes, Berlin 1983.

nen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa besonders aktiv.¹⁰⁷ Die Pläne waren vielmehr als vertrauensbildende Maßnahme denn als Infragestellung der Militärblöcke in Europa gedacht.

Abgeschlossen wurden einige Verträge über kernwaffenfreie Räume in unbevölkerten Gebieten: 1959 der Antarktis-Vertrag, 1967 der Weltraumvertrag, 1971 der Meeresbodenvertrag sowie 1979 der Vertrag über den Mond und andere Himmelskörper. 1967 wurde der „Tlatelolco-Vertrag“¹⁰⁸ über die kernwaffenfreie Zone Lateinamerika ausgehandelt. Verboten sind Test, Gebrauch, Erwerb, Produktion, Empfang, Lagerung, Aufstellung oder Besitz atomarer Waffen. Erlaubt sind allerdings Kernexplosionen zu „friedlichen“ Zwecken. Eine regionale Kontrollbehörde im Sinne der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) wurde geschaffen. Die Kuba-Krise 1962/63 hatte die unterzeichnenden Staaten mit der atomaren Bedrohung direkt konfrontiert. 1975 hat die UN-Generalversammlung eine Definition kernwaffenfreier Zonen vorgelegt.¹⁰⁹ Geregelt sind darin nicht nur die Pflichten der Zonenstaaten (u.a. völlige Freiheit von Kernwaffen, klar definiertes Gebiet, Verifikationsmaßnahmen), sondern auch der NWS, die sich des Einsatzes von Kernwaffen und der Androhung gegen die in der Zone einbezogenen Staaten zu enthalten haben. Ein Passus, der bereits in einem Protokoll im Tlatelolco-Vertrag enthalten war.¹¹⁰

1985 wurde zwischen Australien, Neuseeland und 9 Inselstaaten der „Rarotonga“-Vertrag¹¹¹ unterzeichnet. Er verbietet alle nuklearen Tests und die Verklappung radioaktiven Materials im Meer des Vertragsgebietes. Großbritannien, die USA und Frankreich unterschrieben ihre Sicherheitsgarantien erst nach dem Ende der französischen Atomwaffentests 1996. Die 1961 aufgenommenen Verhandlungen für eine atomwaffenfreie Zone in Afrika gipfelten 1996 im Vertrag von Pelindaba.¹¹² Nachdem Südafrika seine Atomwaffen nach der veränderten Nuklearpolitik unter De Klerk wieder zerlegte und dem NPT beitrug, begannen die Widerstände der USA und Großbritanniens, die die afrikanische Insel Diego Garcia als Militärbasis gepachtet haben. Seinerzeit machten die USA auch deutlich, Sicherheitsgarantien nur gegenüber Staaten einzuhalten, die nicht als erste WMD einsetzen. 1995 wurde der Bangkok-Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone in Südasien ausgehandelt, der jedoch erst in Kraft tritt, wenn 7 Staaten der Region den Vertrag ratifizieren. Wider-

¹⁰⁷ vgl. Verbindungsbüro des „Internationalen Treffens für kernwaffenfreie Zonen, Dokumentation, Verlag Zeit im Bild, Berlin 1988 und Panorama der DDR – Auslands-
presseagentur: Für atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa. Gemeinsame politische
Initiative der SED und der SPD, Dresden 1986.

¹⁰⁸ <http://www.iaea.org/worldatom/infocircs/bginf179.html>

¹⁰⁹ vgl. Barth, Mechttersheimer, Reich-Hilweg 1983 a.a.O., S. 12f.

¹¹⁰ vgl. Barth, Mechttersheimer, Reich-Hilweg 1983 a.a.O., S. 170ff.

¹¹¹ <http://www.un.org/Depts/dda/WMD/NPT/34681.htm>

¹¹² <http://www.iaea.org/worldatom/Documents/Legal/pelindab.shtml>

stände Chinas und vor allem der NWS USA, Großbritannien und Frankreich liegen offen.¹¹³

1995 schlug Belarus auf der NPT-Überprüfungskonferenz erneut eine atomwaffenfreie Zone in Mittel- und Osteuropa vor. Der Plan war als Alternative zur Osterweiterung der NATO gedacht. Alle vorgesehenen Unterzeichnerstaaten wären Vertragspartner des NPT gewesen. Für die Ukraine und Belarus gibt es ohnehin westliche Sicherheitsgarantien. Nach den Plänen sollte die Zone die drei Baltischen Staaten, Kaliningrad, Belarus, Moldawien, Rumänien, Bulgarien, Polen, Ungarn, Tschechien, die Slowakei und das vertraglich kernwaffenfreie Gebiet der ehemaligen DDR umfassen. Durch die Rückführung der Atomwaffen aus Kasachstan und der Ukraine nach Russland ist Osteuropa de facto atomwaffenfrei. Der Vorschlag aus Belarus zielte darauf ab, nie mehr nukleare Konfrontationen möglich zu machen. Der US-dominierte Militärpakt NATO hat den Vorschlag nicht nur zurückgewiesen, sondern auch noch erklärt, es gebe keine vertraglich verbindlichen Zusagen, keine Atomwaffen in den neuen NATO-Ländern Ungarn, Polen und Tschechien zu stationieren.¹¹⁴

Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan erarbeiten ebenfalls einen Entwurf für eine NWFZ. Die Mongolei hat sich selbst zur NWFZ erklärt.¹¹⁵ Anlässlich des Besuches von Präsident Putin im Juni 2000 in Deutschland, wurde von russischer Seite im Interesse der Abrüstung und Sicherheit in Europa die Idee einer kernwaffenfreien Zone von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer thematisiert.¹¹⁶

Die Anzahl der Zonenstaaten ist mittlerweile beträchtlich geworden. Die Widerstände der NWS bei der Schaffung der NWFZ und die Weigerung dieser Staaten, gemäß dem NPT-Vertrag Artikel VI ernsthafte Verhandlungen über die nukleare Abrüstung zu führen, zeigen das derzeitige Problem. Mit immer neuen Argumenten verzögern die NWS die Verhandlungen – auch in der Genfer Abrüstungskonferenz (CD – Conference on Disarmament). Mit dieser zunehmenden Verzögerung steigt auch der Unmut anderer Nichtunterzeichner von CTBT und NPT. Statt nuklearer Abrüstung setzten die USA sogar nukleare Provokationen (NATO-Osterweiterung, neue NATO-Doktrin, NMD) auf ihre außenpolitische Agenda. Dies führte 1998 dazu, dass sich Indien und Pakistan durch Atombombentests nun zu den „nicht offiziellen“ NWS zählen. Die Opti-

¹¹³ vgl. Eisenbart, Constanze, Kernwaffenfreie Zonen, Schritte zur vollständigen nuklearen Abrüstung?, in: Mutz/Ratsch/Schoch (Hrsg.), Friedensgutachten 1999, S. 241ff.

¹¹⁴ vgl. Eisenbart, Constanze, Kernwaffenfreie Zonen, Schritte zur vollständigen nuklearen Abrüstung?, in: Mutz/Ratsch/Schoch (Hrsg.), Friedensgutachten 1999, S. 243 sowie Sychou, Alyaksandr, Status of the Initiative to Create a Nuclear-Weapon-Free Space in Central and Eastern Europe, in: United Nations Disarmament Research: Nuclear-Weapon-Free Zones in the 21st Century, page 65ff.

¹¹⁵ vgl. Eisenbart, Constanze: Kernwaffenfreie Zonen: Schritte zur vollständigen nuklearen Abrüstung?, in: Mutz/Ratsch/Schoch (Hrsg.), Friedensgutachten 1999, S. 241 ff.

¹¹⁶ vgl. ND vom 17./18. Juni 2000, S. 2.

on der Schaffung einer NWFZ in Südasien wurde damit von der Tagesordnung genommen.

Die NWFZ-Staaten mit ihren Rechten und Pflichten stellen eine starke Basis für die Arbeit an einer Atomwaffenkonvention dar. Durch gemeinsames Agieren in der CD wachsen diese Staaten von „nuklearen Habenichtsen“ zu einem Machtfaktor, der deutliche Akzente für nukleare Abrüstung setzt. Selbstverständlich können die NWFZs das Gebäude an Vertragswerken und Abkommen nicht ersetzen. Sehr wohl können sie aber eine Stärkung derjenigen Kräfte darstellen, die sich in Verhandlungen glaubhaft für Abrüstung einsetzen.

Die vor 1989 in weiten Teilen lähmende Situation zur nuklearen Abrüstung wurde Anfang der 90er Jahre vom Integrationswillen der politischen Eliten in den MOEL in die NATO abgelöst. Das Ausscheren Sloweniens aus der NAC ist ein deutliches Beispiel dafür.

4. Die Breite des Engagements von NGOs für atomare Abrüstung

Im März 1997 wurde in den USA eine Meinungsumfrage veröffentlicht, in der 87% aller Befragten ihren Wunsch zum Ausdruck brachten, dass ihre Regierung über eine Atomwaffenkonvention verhandeln solle. Im Zeitraum 1997 und 1998 befürworteten 92% der KanadierInnen die Verhandlung über eine NWC (7% Ablehnung), in Norwegen waren 92% für ein Verbot von Atomwaffen (5% Ablehnung), in Deutschland waren 87% für die Verschrottung von Atomwaffen (9% Ablehnung), in Russland sprachen sich 61% für die Abschaffung von Atomwaffen aus (31% Ablehnung), in Großbritannien waren 87% für die Verhandlung einer NWC (11% dagegen) und in Australien fand die Forderung nach Verhandlung um eine NWC eine Zustimmung von 92% bei einer 7%igen Ablehnung.¹¹⁷

Im Mai 1992 starteten drei NGOs in Genf eine Kampagne zur Ächtung von Atomwaffen. Die ÄrztInnenvereinigung IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War), die JuristInnenorganisation IALANA (International Association of Lawyers Against Nuclear Arms) und das IPB (International Peace Bureau) arbeiteten unter dem Namen „World Court Project“, bei der eine UN-Sonderorganisation beim IGH ein Rechtsgutachten über die Vereinbarkeit von Atomwaffeneinsatz und -einsatzandrohung mit dem Völkerrecht geprüft werden sollte. Die WHO (World Health Organisation) beschloss im Mai 1993 gegen heftigsten Widerstand der NWS und deren Verbündeter nach Artikel 96, Absatz 2 der UN-Charta ein solches Gutachten einzuholen. Diesem Beschluss der WHO war eine intensive Lobbyarbeit der ProtagonistInnen des World Court Projects vo-

¹¹⁷ vgl. Middle Power Initiative 1999, a.a.O., S. 91f.

rausgegangen. In mehreren Delegationen der WHO befanden sich Mitglieder von IPPNW, die bei allen Delegierten für das Projekt warben. Auf Antrag der WHO konnten die Mitgliedsstaaten der UNO schriftliche Stellungnahmen zum Antrag abgeben. Insbesondere die USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Russland und Australien sprachen sich gegen den Antrag aus. Neben Indien unterstützten auch Belarus, die Ukraine oder Kasachstan den Antrag. Weltweit unterstützten Hunderte Organisationen das World Court Project. Im Verlauf ging die UN-Generalversammlung – gegen den Widerstand der NWS – sogar noch weiter als die WHO und verlange vom IGH auch die Prüfung der Androhung eines Nuklearwaffeneinsatzes (Resolution 49-75 K). Am 8. Juli 1996 erging schließlich der Richterspruch, dass die Androhung oder der Gebrauch von Atomwaffen generell gegen die Regeln des für bewaffnete Konflikte geltenden Völkerrechts verstößt.¹¹⁸

Abolition 2000¹¹⁹ ist ein global agierendes Netzwerk zur vollständigen Abschaffung von Atomwaffen. Über 1500 Organisationen sind Mitglieder im Netzwerk, welches sich ein von NGOs auf der NPT-Überprüfungskonferenz 1995 verfasstes Statement zur Grundlage gemacht hat. Verlangt wird der sofortige Beginn von Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention (NWC), an deren Entstehung auch NGOs beteiligt sein müssen. Das Modell einer NWC ist ein offizielles UN-Dokument geworden. Abolition 2000 hat in verschiedensten Ländern Arbeitsstrukturen geschaffen und führt auch inhaltliche Auseinandersetzungen zu bestimmten Aspekten des Themas.¹²⁰

IPPNW¹²¹ ist eine weltweite Vereinigung von ÄrztInnen und Medizin-Studierenden. IPPNW wurde 1980 von einem russischen und einem amerikanischen Arzt gegründet. Ziel der Organisation war und ist es, den Atomkrieg zu verhindern. 1984 hat IPPNW den UNESCO-Friedenspreis und 1985 den Friedensnobelpreis erhalten. Nunmehr ist IPPNW mit der Verhinderung von Kriegen jeglicher Art beschäftigt. IPPNW hat ca. 200 000 Mitglieder in über 60 Staaten. Ein Schwerpunkt von IPPNW ist das Engagement für ein Verbot von Atomwaffen.

INES (International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility)¹²² setzt sich aus über 80 Organisationen aus 50 Ländern zusammen. INES wurde 1991 gegründet und beschäftigt sich mit Fragen der Abrüstung, Umwelt und Entwicklung, Ethik und Erziehung. Zu INES zählt bei-

¹¹⁸ vgl. Deiseroth, Dieter, Chronologie eines NRO-Erfolges, Atomwaffen vor dem Internationalen Gerichtshof, in: Birckenbach/Jäger/Wellmann (Hrsg.), Jahrbuch Frieden 1997. S. 79ff.

¹¹⁹ vgl. Middle Power Initiative, Per Express zur atomwaffenfreien Welt, S. 36f. sowie eine unpublizierte Selbstdarstellung der Gruppe sowie auch: <http://www.abolition2000.org>

¹²⁰ Kontakt: ippnw@oln.comlink.apc.org oder unter <http://www.abolition2000.org>

¹²¹ International Physicans for the Prevention of Nuclear War (IPPNW): <http://www.clubs.privateweb.at/ippnw> (Austria) <http://www.ippnw.de> (Germany).

¹²² INES: <http://www.inesglobal.org/> sowie ines_nat@t-online.de

spielsweise INESAP. INESAP (International Network of Engineers and Scientists Against Proliferation)¹²³ ist eine internationale Non-Profit-Organisation, zu deren Zielen die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, die globale Abrüstung von Atomwaffen sowie die weitere Schaffung von NWFZs gehören.

Das IPB¹²⁴ (International Peace Bureau) ist weltweit die älteste Friedensorganisation. 18 internationale Organisationen und über 140 nationale und lokale Gruppen zählen zu den Mitgliedern des IPB in über 46 Ländern. IPB wurde 1892 gegründet und bekam 1910 den Friedensnobelpreis verliehen. Heute setzt sich das IPB für Abrüstungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der UNO ein. Zu den Zielen gehört die vollkommene Abschaffung von Atomwaffen.

Die Middle Power Initiative (MPI) wurde im März 1998 gegründet und hat sich das Ziel gesetzt, Verantwortliche der NWS vom Verzicht auf den Einsatz von Atomwaffen, der Aufhebung der Alarmbereitschaft für Nuklearstreitkräfte und schließlich von der vollständigen Abschaffung der Atomwaffen zu überzeugen. Zu den TrägerInnen zählen IPPNW, IANANA, INES, das IPB, die Nuclear Age Peace Foundation, Parliamentarian for Global Action, State of the World Forum sowie die WILPF (Women's International League for Peace and Freedom)¹²⁵. Außerdem wird die MPI von der Pugwash-Konferenz – dessen Präsident Sir Joseph Rotblat 1995 den Friedensnobelpreis erhielt – unterstützt. Die MPI unterstützt die Resolutionen der NAC.¹²⁶

Das Spektrum der NGOs für die Abschaffung von Atomwaffen ist auch nach dem Ende des Kalten Krieges um Initiativen aus unterschiedlichsten Bereichen und Zugängen reicher geworden. Neben anderen weltweiten Organisationen wie der Campaign for Nuclear Disarmament (CND) und dem Friedensnobelpreisträger Pugwash-Bewegung¹²⁷ zählen die JuristInnenorganisation IALANA¹²⁸ oder aktionistisch orientierte Gruppierungen wie die Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA)¹²⁹ zu den Netzwerken für die Abschaffung von Atomwaffen.

Neben den Länderorganisationen verschiedenster internationaler Bewegungen hat sich in Österreich ein Netzwerk unter der Leitung des österreichischen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes und von IPPNW gebildet. Zu diesem Netzwerk zählen die Aktionsgemeinschaft ChristInnen für die Friedensbewegung, die Arbeitsgemeinschaft Pro Slowakei atomkraftfrei, die ARGE Vernetzung für eine atomkraftfreie Zukunft, das Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit, die Frauen für eine atomkraftfreie Zukunft, das

¹²³ <http://www2.hrz.tu-darmstadt.de/ze/ianus/inesap/description.html>

¹²⁴ IPB: <http://www.itu.ch.ipb/> sowie ipb@gn.apc.org

¹²⁵ WILPF: <http://www.reachingcriticalwill.org>

¹²⁶ vgl. Middle Power Initiative 1999, a.a.O., S. 6f.

¹²⁷ Pugwash Movement: <http://www.pugwash.org/>

¹²⁸ IALANA: <http://www.ddh.nl/org/ialana/index.html>

¹²⁹ GAAA: <http://www.gaaa.org/>

Friedensbüro Salzburg, die Friedenswerkstatt Linz, die Hiroshima-Gruppe Wien, der Internationale Versöhnungsbund – Österreichischer Zweig, die Österreichische Friedensgesellschaft Bertha von Suttner, der Österreichische Friedensrat, die Österreichische Sektion der IPPNW, Österreich Soka Gakkai International, die Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker in Österreich), die Wiener Friedensbewegung und die Katholische Frauenbewegung der Erzdiözese Wien. Das Netzwerk betreibt vor allem politische Lobbyarbeit. 23 österreichische NGOs richteten vor der NPT-Überprüfungskonferenz ein Schreiben an die Außenministerin Benita Ferrero-Waldner, in dem die vollständige atomare Abrüstung gemäß Artikel VI des NPT eingefordert wird. Schritte dazu wären das Inkrafttreten des CTBT, des FMCT, die Schaffung weiterer kernwaffenfreier Zonen und verbindliche Garantien, dass NWS ihre Waffen unter keinen Umständen gegen NNWS richten.

Alljährlich veranstaltet die Hiroshima-Gruppe und die Wiener Friedensbewegung eine Gedenkveranstaltung am 6. August am Wiener Stephansplatz. Dabei werden jedes Jahr aktuelle Fragestellungen erörtert und politische Forderungen zur Kernwaffenabrüstung erhoben. Im Zentrum der Veranstaltung steht die Präsentation von Grußbotschaften prominenter Persönlichkeiten und FriedensaktivistInnen¹³⁰. SPÖ-Parteivorsitzender Alfred Gusenbauer führt anlässlich des Hiroshima-Tages 2000 aus: „Konkrete Abrüstungsschritte sind erforderlich – sie sind vorzugsweise von jenen zu setzen, die sich zugleich verpflichtet haben, diese Waffentechnologie nicht an andere weiterzugeben, wo sie damit ihr Monopol auf diesem Gebiet festgeschrieben haben.“ Der Schriftsteller Ernst Hinterberger äußert sich anlässlich des Gedenktages: „Aber ebenso wie die damaligen Täter gefallen sich deren Nachfolger darin, ihre Arsenale trotz heuchlerischer Aussagen über eine Verringerung ihres Vernichtungspotenzials, ihre mörderischen Waffen weiter zu verbessern. Sie handeln dabei wie berufsmäßige Gewohnheitsverbrecher, die, falls sie erwischt werden, vor dem Richter Reue heucheln und eine Besserung in Aussicht stellen, aber nicht im Traum daran denken, diese in Angriff zu nehmen. (...) Diese Leute sitzen heute an führender Stelle in der UNO und deren Sicherheitsrat, vergießen über die Opfer der zahllosen kleinen und größeren Kriege in aller Welt Krokodilstränen und spielen sich als Hüter der Menschenrechte auf. Sind aber entschlossen, ihre fürchterlichen Waffen jederzeit wieder einzusetzen, wenn sie sich selbst in Gefahr glauben.“ Oskar Lafontaine schreibt: „In einer Zeit, in der sich alles nur noch um das Geld und die Aktienkurse dreht, dürfen die großen Menschheitsanliegen nicht vergessen werden. Eine Welt ohne Atomwaffen bleibt gerade nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes das Ziel.“ Dorothee Sölle führt zum Hiroshima-Gedenktag in Wien aus: „Nicht die sogenannten ‚Schurkenstaaten‘ bedrohen uns und alles Leben auf dem kleinen Planeten Erde, wohl aber der

¹³⁰ siehe <http://www.hiroshima.at>

Aufrüstungswahn, in dem Wissenschaft und Technokratie nach wie vor befangen sind.“

5. Die Zukunft der Atomwaffenpolitik

Die NWS haben seit Bestehen der ersten Vertragsregelungen keine glaubhaften Schritte zu einer vollständigen Abrüstung von Atomwaffen unternommen. Dazu haben die NWS noch provoziert, dass Indien und Pakistan seit den Atomwaffentests sich auch zu den NWS zählen. Neben dem NPT Artikel VI fordert auch das IGH-Gutachten eine vollständige nukleare Abrüstung ein.

In Hinblick auf die Abrüstung strategischer Atomwaffen sind weitere START-Gespräche geplant. START III soll strategische Atomwaffen um 30–45% auf 2000 bis 2500 Stück reduzieren. START IV soll alle erklärten NWS in Verhandlungen einbinden. START IV hängt vom Verlauf der START III-Verhandlungen ab.¹³¹ Unklarheiten gibt es über die Anzahl strategischer Atomwaffen im START III-Abkommen. Russland strebt eine Höchstgrenze von 1500 Stück oder noch weniger an, während die USA 2000–2500 anstreben. Russland ließ mitteilen, dass 1500 Stück oder eine Anzahl darunter „are sufficient for the continuation of mutual stable deterrence.“¹³² Russland will die Anzahl seiner strategischen Atomwaffen – unabhängig von Verträgen – bis spätestens 2010 auf 1000–1500 Sprengköpfe verringern. Der Grund ist vor allem in mangelnden Ressourcen zu suchen. Russlands Verteidigungsbudget wird 2001 nur 1/3 des deutschen und 1/30 des US-Budgets für Verteidigung ausmachen.¹³³

Eine Gruppe von WissenschaftlerInnen hat einen „Modellvertrag“ für eine NWC entwickelt. Diese ForscherInnen kommen aus der US-Sektion der JuristInnengruppe IALANA (die LCNP, Lawyers Committee on Nuclear Policy), die mit technischer Beratung von INESAP aktiv wurden. Ähnlich wie bei den Biowaffen und den Chemiewaffen wird eine Konvention über Atomwaffen abgestrebt. Seit 1997 ist der Modellentwurf ein offizielles UN-Dokument (UN Doc. A/C.1/52/7). Das Papier wurde aufgrund des Desinteresses von Regierung und Parlament von NGOs in die deutsche Sprache übersetzt.¹³⁴ Die ausgearbeitete Konvention muss nicht als Ganzes verhandelt werden, sondern kann

¹³¹ vgl. <http://www.fas.org/nuke/control/start4/> ausgewählt am 11.12.2000.

¹³² vgl. Acronym Institute: Disarmament Diplomacy no. 39 (July/August 1999): US-Russia Preliminary Discussions on START II/ABM Treaty, page 41, <http://www.acronym.org.uk>

¹³³ Vgl. Nassauer Otfried: Russland verkleinert sein strategisches Atomwaffenarsenal, in: PENN (Project on European Nuclear Non-Proliferation, Newsletter No. 12/October 2000, <http://www.bits.de/frames/projects.htm>; Deutsche Übersetzung in: Information der gewaltfreien Aktion Atomwaffen abschaffen, Heft 4/2000, Kornwestheim 2000, S. 4f.

¹³⁴ IPPNW, IALANA, INESAP (Hrsg.): Sicherheit und Überleben. Argumente für eine Nuklearwaffenkonvention, 2000.

auch als Leitlinie für praktische Schritte zur vollständigen Abrüstung gebraucht werden.¹³⁵ Eine NWC soll „Entwicklung, Erprobung, Herstellung, Lagerung, Weitergabe, Einsatz von und Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen verbieten und einen Rahmen für die Abschaffung der vorhandenen Arsenale vorgeben.“¹³⁶ Die NWC würde Überprüfungsmaßnahmen, Bestandsdeklarationen, Inspektionen und technische Überwachung einschließen. Vorkehrungen für die Rechte und Pflichten von BürgerInnen sind dabei auch ein Ausdruck für die gesellschaftliche Verurteilung von Atomwaffen.¹³⁷ Der Modellentwurf schlägt das Inkrafttreten in mehreren Phasen vor. Damit werden Aspekte der Sicherheits- und Vertrauensbildung sowie der unabdingbare Faktor der Unumkehrbarkeit des Prozesses mit aufgenommen.¹³⁸

Evident ist, dass jede Art von Atomwaffen eine Konfrontation wahrscheinlicher macht. Der Prozess der strategischen Abrüstung ist weiter fortzusetzen. Von großer Bedeutung ist die Schaffung von Verträgen zur Kontrolle und Abrüstung taktischer Atomwaffen. Auch für diese Art von Atomwaffen sind Obergrenzen zu definieren.

Sehr viele Forderungen wären an die USA als Hegemonialmacht im größten Militärpakt der Welt – der NATO – zu richten. In Hinblick auf die ersten Jahre des 3. Millenniums ist die Nichtantastung des ABM-Vertrages einzufordern. Damit ist die Aufgabe der Pläne für die Schaffung von NMD verbunden. Weiters sind in Bezug auf die NATO und ihre Supermacht USA die sofortige Aufhebung des Konzepts und der Vereinbarungen der nuklearen Teilhabe zu verlangen. Diese Strategie widerspricht dem NPT und trägt zur Destabilisierung in Europa bei. Des Weiteren richtet sich die Forderung nach der Aufhebung der Erstschlagsdoktrin an die NATO. Weder NWS noch NNWS dürfen – gemäß dem IGH-Gutachten – mit Atomwaffen bedroht werden. Die USA müssen für das Inkrafttreten des CTBT diesen Vertrag so bald wie möglich ratifizieren. Die Staatengemeinschaft muss großen politischen Druck auf die USA ausüben. Von der Ratifizierung durch die USA hängt auch die Ratifizierung durch zahlreiche andere Staaten ab.

Abrüstungsverträge müssen künftig vermehrt alle NWS einbinden. Auch französische, britische und chinesische Atomwaffen müssen im Verhältnis zu den US-Waffen und russischen Waffen abgerüstet werden. Gerade im Zusammenhang mit Frankreich und Großbritannien muss verhindert werden, dass die EU im Zuge der Schaffung einer Euro-Armee auch noch einen Einfluss auf Atomwaffen erhält. Eine solche Maßnahme würde nach dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien und der NATO-Osterweiterung das Klima zu Russland auf eine harte Probe stellen. Dazu sollten sich die neutralen Staaten der EU wieder

¹³⁵ vgl. IPPNW, IALANA, INESAP 2000, a.a.O., S. 5ff.

¹³⁶ vgl. IPPNW, IALANA, INESAP 2000, a.a.O., S. 15.

¹³⁷ vgl. IPPNW, IALANA, INESAP 2000, a.a.O., S. 15.

¹³⁸ vgl. IPPNW, IALANA, INESAP 2000, a.a.O., S. 28.

ihrer Rolle als Friedensstifter besinnen und die Forderungen der NAC – wie Schweden – unterstützen. Gerade Österreich, Finnland, Schweden und Irland könnten ihre Neutralität auch in Bezug auf Nordkorea, Iran, Irak oder Indien und Pakistan (die USA selbstverständlich) nützen, um eine vollständige nukleare Abrüstung auf der Agenda zu verhandeln. Die Mehrheit der Staaten der EU könnte sich nach Aufhebung der nuklearen Teilhabe als mitteleuropäische NWFZ deklarieren. Um Spekulationen aufzulösen, dass die USA auch für die europäischen NATO-Partner einen Raketenabwehrschirm errichten könnten, sollten die neutralen Länder und Deutschland sich zur NWFZ Mitteleuropa erklären.

Unerlässlich – wie die Erfahrung der letzten 30 Jahre mit den NWS und dem NPT zeigt – ist die Aufstellung eines verbindlichen Zeitplanes zur Abrüstung. Diese Schritte müssen von Überwachungsmaßnahmen begleitet werden. Diese Maßnahmen müssen auch die Weitergabe an nichtstaatliche Akteure einschließen. Dazu sind alle Materialien, die zur Herstellung von Atomwaffen dienen, zu erfassen und deren Herstellung unter Aufsicht zu stellen.

Derzeit stützt sich die Exportkontrolle von Trägerraketen für Atomwaffen auf das Missile Technology Control Regime (MTCR), welches 1987 ins Leben gerufen wurde. Ergänzende Kontrollmaßnahmen wären zu erlassen und existierende Raketenarsenale müssten einbezogen werden.¹³⁹

Die EU steht den Raketenabwehrplänen der USA skeptisch gegenüber. Bei der Realisierung von NMD werden sich die politischen Beziehungen zwischen den USA und Russland verschlechtern. Dies bewirkt auch eine angespanntere Situation in der europäischen Sicherheitspolitik. Derzeit scheint es, als könnten die europäischen NATO-Partner die USA vom Aufbau eines Raketenabwehrprogrammes nicht abbringen. Der derzeitige „militärische Emanzipationsprozess“ der EU gegenüber den USA – die Erlangung einer eigenständigen Kriegsfähigkeit der EU – würde möglicherweise durch zu energische EU-Kritik an den US-Plänen von den USA hinterfragt werden. Schwer zu kritisieren ist die äußerst zurückhaltende Position der NWS Frankreich und Großbritannien. Ihre Position innerhalb der EU zeigt deutlich, dass diese Staaten an Initiativen zur nuklearen Abrüstung und dem damit in Zusammenhang stehenden Dialog wenig interessiert sind.

Die Verhandlungen um NWFZ sind mit aller Vehemenz weiterzuführen. Dazu zählen u.a. die Mideast NWFZ¹⁴⁰, die Central Europe NWFZ¹⁴¹ oder auch die Central Asian NWF.¹⁴²

¹³⁹ vgl. Scheffran, Jürgen, Mit Militär gegen die Verbreitung von Atomwaffen?, in: Schindler-Saefkow/Strutynski, Kriege beenden, Gewalt verhüten, Frieden gestalten. Zur Neupositionierung der Friedensbewegung, S. 95f.

¹⁴⁰ vgl. <http://www.fas.org/nuke/control/menwfz/index.html>

¹⁴¹ vgl. <http://www.fas.org/nuke/control/cenwfz/index.html>

¹⁴² vgl. <http://www.fas.org/nuke/control/canwfz/index.html>

Unbedingt anzustreben wäre auch ein Vertrag zum Produktionsstopp von Spaltmaterial für Kernwaffenzwecke (Fissile Material Cut Off Treaty, FMCT). Ein solcher Vertrag wäre gegenüber NNWS nicht diskriminierend und die Transparenz wäre erhöht. Die IAE0 könnte damit Maßnahmen zur verbesserten Verifikation in den NWS einführen. Staaten, die Spaltmaterial von „zivilen“ Prozessen in militärische Verwendung überführen, könnten damit deutlicher gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft geächtet werden. In weiterer Folge könnte an einem Abkommen zum Abbau der militärischen Spaltmaterialienbestände gearbeitet werden.¹⁴³ Wesentliche Grundsteine für die Schaffung eines FMCT sind bereits gelegt. Ob aber angesichts von NMD und der gescheiterten Ratifizierung des CTBT durch die USA dieses Vorhaben realisiert werden kann und die anderen offiziellen und nichtoffiziellen NWS zustimmen werden, scheint zweifelhaft.

Um die Vertrauensbildung im Bereich der nuklearen Abrüstung zu erhöhen, sind Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz von großer Bedeutung. Möglichkeiten wären hier ein internationales Transparenzregime für Kernwaffenmaterialien, ein Kernwaffenregister bei den Vereinten Nationen, veröffentlichte Budgets sowie gläserne Labors.¹⁴⁴

Vielfach wird auch die mangelnd gesicherte Lagerung von Kernwaffenmaterialien in Russland und den anderen GUS-Ländern als Sicherheitsrisiko betrachtet.¹⁴⁵ Gerade durch vertrauensbildende Abrüstungsmaßnahmen könnte hier verstärkte Zusammenarbeit zwischen der IAE0 und der Hilfe von US-Technologie zu einer Entschärfung des Problems führen. Gegen Nichtstaatliche Akteure müssen die ersten Überlegungen der Russischen Föderation über die „Suppression of Nuclear Terrorism Convention“¹⁴⁶ weitergeführt werden.

Je länger das „Spiel“ der nuklearen Abschreckung nach dem Ende des Kalten Krieges andauert, desto mehr Militärs, PolitikerInnen und ExpertInnen finden sich unter den Aufrufern zur sofortigen Abschaffung von Atomwaffen. Im Dezember 1996 erklärten 60 militärische Führungskräfte aus 17 Ländern – unter ihnen die USA, Russland, Indien und Pakistan – ihr Bekenntnis zur Abschaffung von Atomwaffen.¹⁴⁷ Anfang 1998 schlossen sich über 100 SpitzenpolitikerInnen aus 43 Ländern einem Aufruf an, der aufgrund der unfassbaren Zerstörungskraft der Nuklearwaffen die moralische Verpflichtung erkennt, die

¹⁴³ vgl. Müller, Harald/Schaper, Annette, Vollständige nukleare Abrüstung – Wunschtraum oder konkrete Möglichkeit?, in: Mutz/Schoch/Friedhelm, Friedensgutachten 1998, S. 298.

¹⁴⁴ vgl. Müller, Harald/Schaper Annette, Vollständige nukleare Abrüstung – Wunschtraum oder konkrete Möglichkeit?, in: Mutz/Schoch/Friedhelm, Friedensgutachten 1998, S. 300.

¹⁴⁵ vgl. Krause Joachim: Nukleare Nichtverbreitung im 21. Jahrhundert, in: Internationale Politik (Hrsg. Von Weidenfeld Werner), Nr. 10/99, Berlin 1999, S. 2.

¹⁴⁶ vgl. <http://www.fas.org/nuke/control/nt/index.html>

¹⁴⁷ vgl. Öffentliche Erklärung einer internationalen Gruppe von Generälen und Admirälen zur Frage der Kernwaffen, in: Pax Christi, Atomwaffen abschaffen!, S. 117ff.

Abschaffung der Atomwaffen als Aufgabe zu sehen.¹⁴⁸ Auch aus der Kirche kommen immer wieder hörbare Signale, die den Atomwaffen ihre moralische Berechtigung absprechen. Im Bereich der katholischen Kirche gehört Pax Christi zu den tragenden Kräften für atomare Abrüstung.¹⁴⁹

Der ehemalige General Lee Butler gehört zu jenen Militärs, die das Denken abgelegt haben, „dass überlegene Technologie ein strategischer Vorteil sei, dass mehr Waffen auch mehr Sicherheit brächten und dass zur Eindämmung des Feindes sämtliche Mittel gerechtfertigt seien.“ Heute denkt er, „dass daher die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen durch nichts zu rechtfertigen ist“ und stellt die Frage „Warum dauert eine so atemberaubende Waghalsigkeit in einem Moment fort, wo wir doch angesichts unserer Dummheit zittern und uns einig sein sollten im Bestreben, den tödlichen Beweis für diese Dummheit abzuschaffen?“ General Butler resümiert: „Ja, ich bin sogar sicher, dass die meisten Menschen schon viel weiter sind als ihre jeweiligen Regierungen, und die Umklammerung des Kalten Krieges abschütteln sowie die Chancen ergreifen wollen, die sich aus dem Ende des Kalten Krieges ergeben.“¹⁵⁰

Die Canberra-ExpertInnenkommission wurde von der australischen Regierung für die Abschaffung von Kernwaffen eingesetzt. Im August legt die Kommission einen Bericht vor, der konkrete Schritte zur sofortigen Kernwaffenabschaffung vorsieht. Unter den Vorschlägen finden sich u.a. die Beendigung des Alarmzustandes der Atomstreitkräfte, die Trennung von Sprengköpfen von ihren Trägersystemen, das Ende der Stationierung nicht-strategischer Atomwaffen, die Fortsetzung des START-Prozesses sowie der Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen.¹⁵¹

Die Frustration vieler ExpertInnen und NGOs über den ins Stottern geratenen Motor der atomaren Abrüstung wird größer. Viele stellen letztlich auch die Frage, ob die Politik der Rüstungskontrolle und der Verträge in einer sich rasch verändernden und multipolaren Welt noch zielführend ist. Die Zeit, in der im Wesentlichen nur die großen Ost-West-Abrüstungsgespräche von Interesse waren, ist vorbei. In einer multipolaren Welt müssen auch die Abrüstungsverträge diesen Veränderungen Rechnung tragen. Zu bilateralen Abkommen können auch Verträge zwischen mehreren Staaten kommen. Es sei aber davor gewarnt,

¹⁴⁸ vgl. Internationale Erklärung von politischen Führungskräften zu Atomwaffen, in: Pax Christi: Atomwaffen abschaffen!, S. 137ff.

¹⁴⁹ vgl. Die Moralität der nuklearen Abschreckung. Eine Beurteilung von 75 Pax-Christi-Bischöfen aus den USA anlässlich des 15. Jahrestages des Hirtenbriefes, in: Pax Christi, Atomwaffen abschaffen!, S. 143ff.

¹⁵⁰ Die Risiken nuklearer Abschreckung, Von Supermächten zu Schurkenstaaten (Rede von Lee Butler vor dem National Press Club, Washington DC), in: Pax Christi, Atomwaffen abschaffen!, S. 123ff.

¹⁵¹ vgl. Scheffran, Jürgen, Vom Teststopp zur Nuklearwaffenkonvention. Argumente für die atomwaffenfreie Welt, in: Luedtke/Strutynski, Nach dem Jahrhundert der Kriege. Alternativen der Friedensbewegung, S. 69.

aus taktischen Gründen bewährte Systeme durch flexiblere Abkommen auszutauschen. Gerade die USA werden in Hinblick auf die Schaffung des NMD unterschiedlichste Angebote unterbreiten, um die Russische Föderation zu einer Auflösung des ABM-Vertrages zu bewegen.

In der Frage der Atomwaffen scheint sich die „Politik der kleinen Schritte“ am Beginn des 3. Jahrtausends in eine Politik der Rückschritte verwandelt zu haben. Die prophezeiten Schritte in Richtung ernsthafter nuklearer Abrüstung lassen auf sich warten. Mit „diplomatischer Freundlichkeit“ und „noch kleineren Schritten“ scheint das Ziel der atomwaffenfreien Welt aber nicht näher zu kommen. Das Bündnis aus abrüstungswilligen Staaten, den BürgerInnenbewegungen und der Wissenschaft muss enger werden, um endlich an verbindlichen Zeitrahmen und Maßnahmenkatalogen zu arbeiten.

Insgesamt ist der Gedanke an eine atomwaffenfreie Welt auch mit dem Gedanken an ein weltweites verändertes Sicherheitssystem verbunden. Ein Sicherheitssystem, welches einzelnen Staaten keinen Grund für den Besitz von Atomwaffen bzw. von Massenvernichtungswaffen mehr gibt. Das bedeutet die Durchsetzung der breiten Mehrheit der Regierungen in den Vereinten Nationen, die immer wieder ihr Engagement gegen Atomwaffen gegenüber einer Minderheit von Staaten bekunden. Umfassende Überprüfungs- und Sicherungsmaßnahmen können das Vertrauen der Großmächte in eine Welt ohne Atomwaffen herstellen. Der Friedensnobelpreisträger Joseph Rotblat erkennt in der Abschaffung von Atomwaffen zugleich auch einen Schritt zur Abschaffung von Krieg.

Um die Millenniumswende muss festgestellt werden, dass der Prozess der nuklearen Abrüstung ins Stocken geraten ist. Die Fronten in einer multipolaren Welt scheinen sich wieder verhärtet zu haben. Statt einer gemeinsamen und zukunftsfähigen Sicherheitspolitik ist die Politik der militärischen Überlegenheit vorherrschend. Sowohl die NNWS als auch die internationalen NGOs, die sich für eine NWC einsetzen, müssen die USA zur Einhaltung ihrer Vertragsverpflichtungen (z.B. NPT Artikel VI oder ABM-Vertrag) und zur weiteren Rüstungskontrolle (z.B. CTBT) bewegen. Ein zentraler Punkt für den weiteren Fortschritt in der nuklearen Abrüstungsfrage wäre die Schaffung einer mitteleuropäischen NWFZ. Der Zivilgesellschaft kommt bei der Einforderung und Überprüfung der Erreichung der Ziele eine bedeutende Rolle zu.

Literatur

Acronym-Institute, Disarmament Diplomacy, diverse Ausgaben des Jahres 1999 (no. 33 – 42) und 2000 (no. 43–52), <http://www.acronym.org.uk>

Barth, Peter/Mechtersheimer Alfred/Reich-Hilweg Ines, Europa – Atomwaffenfrei!, Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V. Starnberg, ibf-Verlag, München 1983.

- Birkenbach, Hanne-Margret, Jäger, Uli/Wellmann, Christian (Hrsg.), Jahrbuch Frieden 1997. Konflikte Abrüstung Friedensarbeit, Beck'sche Reihe, Bonn 1996.
- Bundesausschuss Friedensratschlag, Friedens-Memorandum 1999, Kassel 1999.
- Bundesausschuss Friedensratschlag, Friedens-Memorandum 2000, Kassel 2000.
- Darmstädter Friedensforum, Unpublizierter Text der Infoplate zu Ausstellung zu Atomwaffen, Darmstadt 2000.
- IPPNW, IALANA, INESAP (Hrsg.), Sicherheit und Überleben. Argumente für eine Nuklearwaffenkonvention, 2000.
- Luedtke, Ralph-M./Strutynski, Peter (Hrsg.), Nach dem Jahrhundert der Kriege. Alternativen der Friedensbewegung, Kasseler Schriften zur Friedenspolitik, Verlag Winfried Jenior, Kassel 2000.
- Massarrat, Mohssen/Betz Paul, Für eine Friedenspolitik ohne Militär, European Peace Congress Osnabrück 1998, agenda Verlag, Münster 1998.
- Middle Power Initiative, IPPNW (Hrsg.), Per Express zur atomwaffenfreien Welt, Berlin 1999.
- Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno/Solms, Friedhelm,(Hrsg.), Friedensgutachten 1998, Lit-Verlag, Münster 1998.
- Mutz, Reinhard/Ratsch, Ulrich/Schoch, Bruno (Hrsg.), Friedensgutachten 1999, Lit-Verlag, Münster – Hamburg – London 1999.
- Mutz Reinhard/Ratsch Ulrich/Schoch Bruno (Hrsg.), Friedensgutachten 2000, Lit-Verlag, Münster – Hamburg – London 2000.
- NATO, Das Strategische Konzept des Bündnisses, 1999, NATO-Homepage: <http://www.nato.int/>
- Pax Christi – Deutsches Sekretariat (Hrsg.), Atomwaffen abschaffen!, meinhardt, Idenstein 1998.
- Hauchler, Ingomar/Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hrsg.), Globale Trends 2000. Fakten – Analysen – Prognosen, Stiftung Entwicklung und Frieden, Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1999.
- Schindler-Saefkow, Bärbel/Strutynski, Peter (Hrsg.), Kriege beenden, Gewalt verhindern, Frieden gestalten. Zur Neupositionierung der Friedensbewegung, Dokumentation des 2. Friedensratschlages, Verlag Jenior & Pressler, Kassel 1996.
- United Nations Disarmament Research (Edited by Gasparini Alves Péricles, Cipollone Daiana Belinda), Nuclear-Weapon-Free Zones in the 21st Century, New York/Geneva 1997.
- United Nations Disarmament Research (UNIDIR), disarmament forum, What next for the NPT?, no. one 2000, Geneva 2000.
- Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. (Hrsg.), antimilitarismus information, 29. Jahrgang, Heft 12, Berlin, Dezember 1999.

Atomwaffenpolitik am Beginn des 3. Jahrtausends

- Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. (Hrsg.), *antimilitarismus information*, 30. Jahrgang, Heft 5, Berlin, Mai 2000.
- Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. (Hrsg.), *antimilitarismus information*, 30. Jahrgang, Heft 6, Berlin, Juni 2000.
- Wissenschaft und Frieden e.V., *W&F*, Januar, 19. Jahrgang, Nr.1/2001. Von SDI zu NMD. Droht ein neues Wettrüsten, BdWi-Verlag, Marburg 2001.